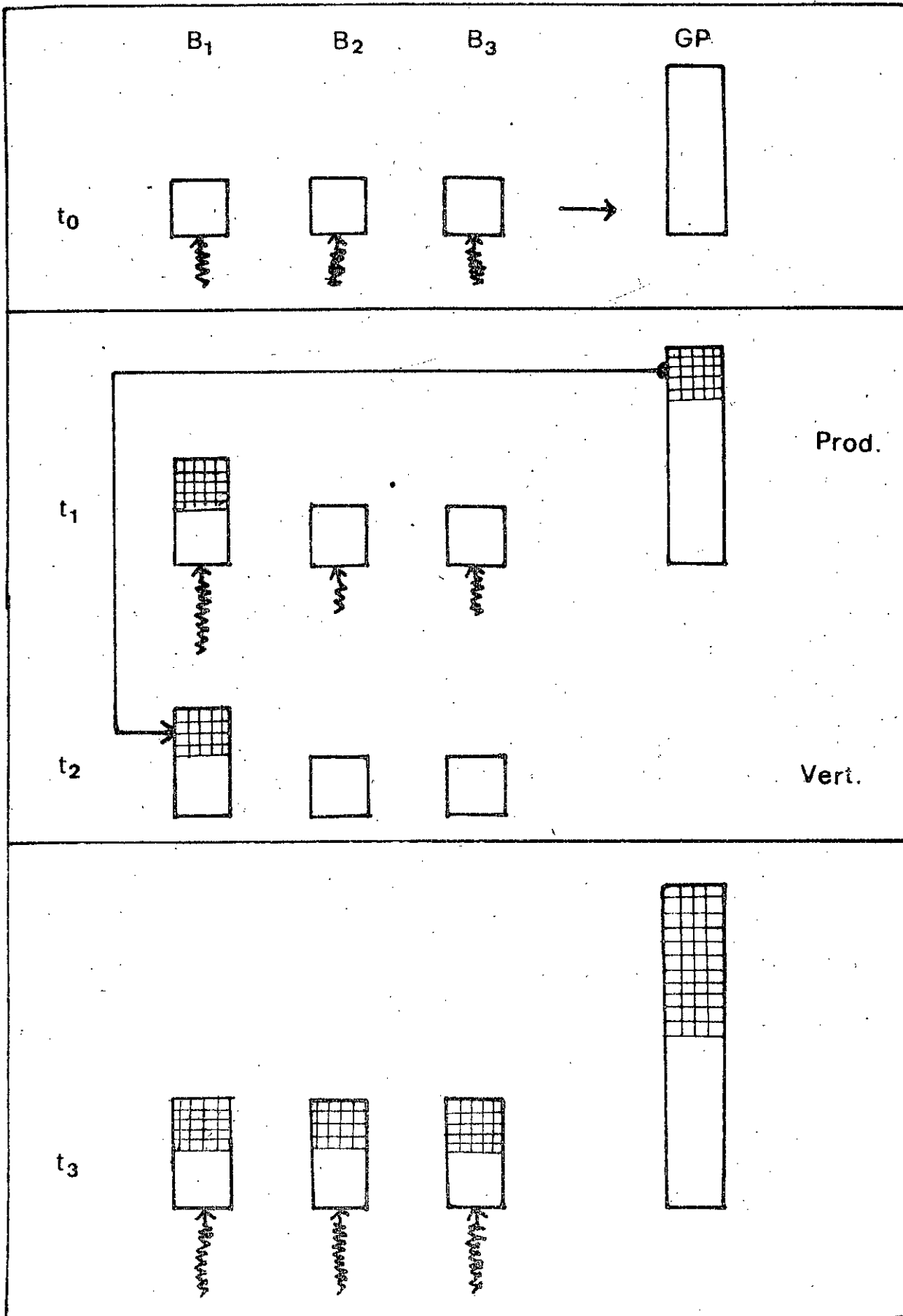


samtprodukt auf alle Betriebe gleichmäßig verteilt, so daß die Mehrproduktion von B_1 auch B_2 und B_3 zugute kommt, wohingegen B_1 weniger erhält als er produziert hat. Der Erfolg der gesteigerten Arbeitsleistung ist in der Verteilung (Entlohnung) kaum wiederzufinden.

Was hier nur an drei Betrieben dargestellt ist, wirkt sich noch viel krasser aus, je größer die Zahl der Betriebe ist: die Mehrproduktion des einen Betriebes würde im Gesamtprodukt untergehen wie ein Tropfen im Meer und würde schließlich zu keiner spürbaren Verbesserung der Entlohnung führen. Die Folge wäre, daß die Motivation von B_1 zu höherer Arbeitsleistung sehr schnell nachlasse und die Produktion schließlich wieder zurückfallen würde auf das Ausgangsniveau (t_3). Dies alles unter der Voraussetzung, daß sich die Arbeitsleistung ausschließlich am materiellen Anreiz orientiert. Die Erfahrung, daß eine größere Motivation zur Arbeit und eine entsprechend größere Produktionsleistung nichts zusätzliches einbringen, würde die Motivation wieder absinken lassen. Was hier nur für B_1 abgeleitet wurde, gilt in entsprechender Weise für alle anderen Betriebe: wenn sie immer wieder die Erfahrung machen, daß eine Mehrleistung ihnen letztlich garnicht spürbar zugute kommt, lassen sie von vornherein von der Mehrleistung ab. Das Ergebnis ist eine insgesamt geringe Produktivität. Solange eine solche Motivationsstruktur vorherrscht, reicht allein das Bewußtsein, mit der eigenen Produktionsleistung einen Beitrag zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt zu leisten, als Motivationshebel nicht aus. Der eigene greifbare Vorteil ist näher als die Identifikation mit einem abstrakten, dem konkreten Erfahrungsbereich des einzelnen entrückten Allgemeinwohl.

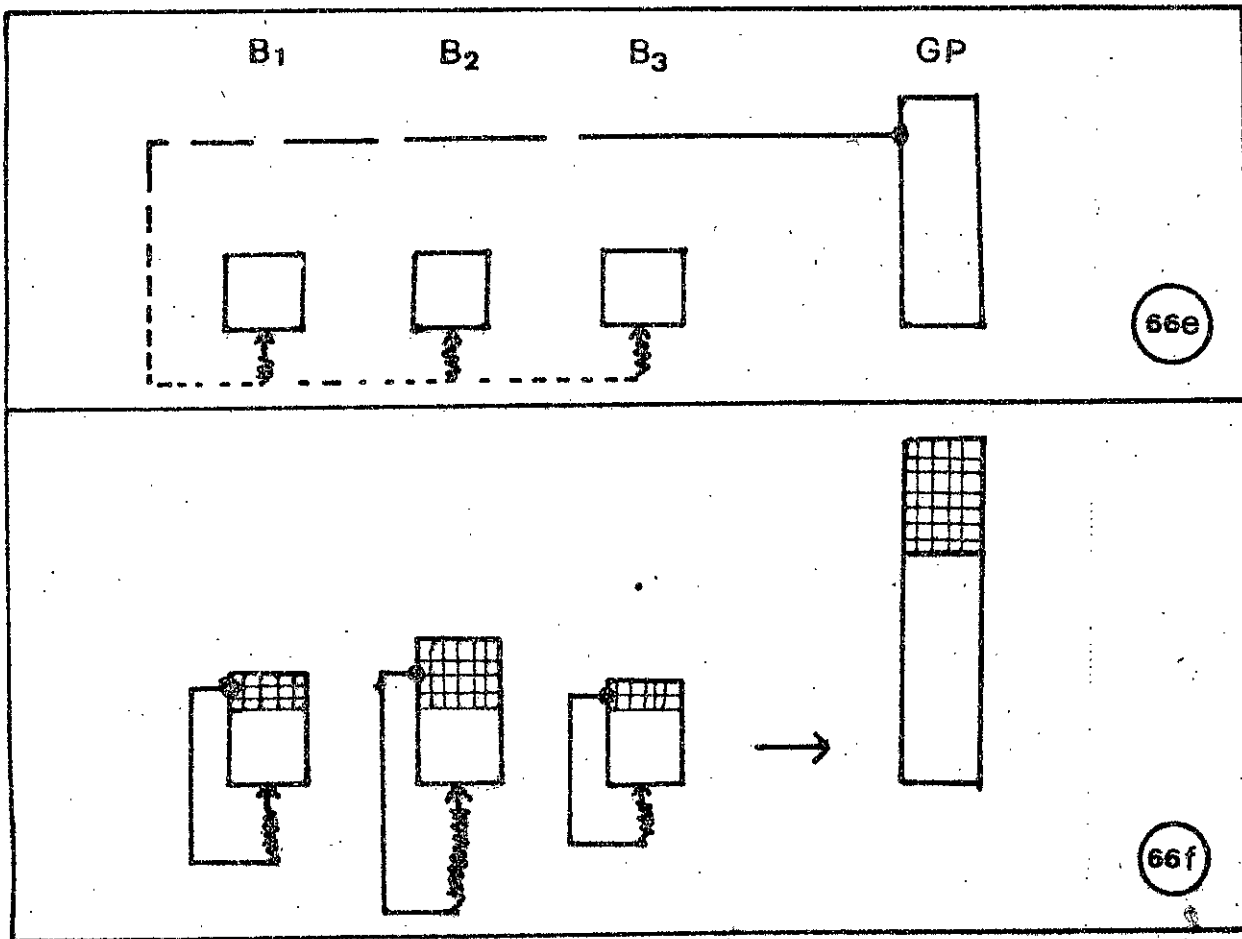
Unter den Bedingungen derartiger bürgerlich-individualistischer Motivationsstrukturen würde das zweite Modell mit einer unmittelbaren Koppelung der Entlohnung an das Betriebsergebnis eine größere Motivation und damit auch eine höhere Produktivität hervorbringen. Abb. 66 d will diese These verdeutlichen:

Bei der Verteilung des Gesamtprodukts zum Zeitpunkt t_2 käme B_1 das volle Ergebnis der eigenen Mehrproduktion zugute, während B_2 und B_3 entsprechend ihrer geringeren Motivation und Arbeitsleistung weniger als B_1 erhalten. Für B_1 hat sich die Mehrleistung insoweit "gelohnt".



Die Motivation sinkt deshalb nicht ab, sondern wird weiter angestachelt. Indem die einzelnen Betriebe die Erfahrung machen, daß ihnen eine gesteigerte Arbeitsleistung unmittelbar und spürbar zugute kommt, steigt ihre Motivation insgesamt an und damit auch das Gesamtprodukt (t_3).

Wenn wir die Ergebnisse unserer Überlegungen noch einmal gegenüberstellen (Abb. 66 f), so ist im zweiten Modell die Motivation und daraus folgende Produktivität wesentlich höher, weil die Koppelung zwischen Arbeitsleistung und materieller Entlohnung unmittelbarer, direkter ist als im ersten Modell.

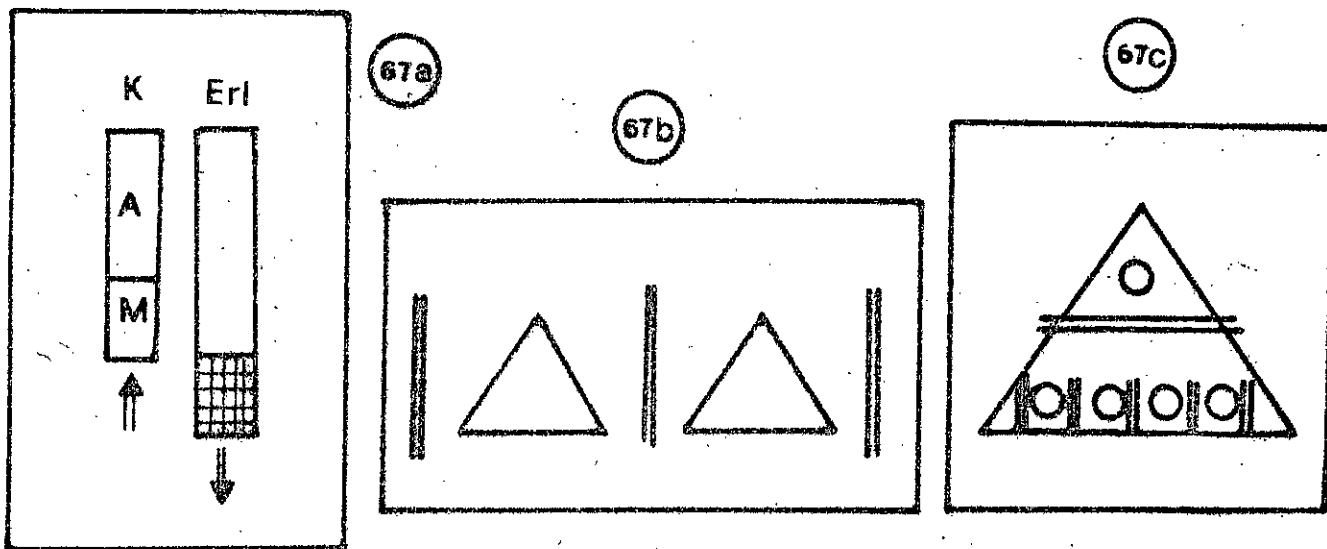


Anders und allgemein ausgedrückt: je kürzer die Rückkoppelungsschleife zwischen individueller Arbeitsleistung und Entlohnung, umso größer ist bei gegebener Motivationsstruktur - der motivationssteigernde Effekt der materiellen Stimulierung. Man kann die Wirkung dieses Zusammenhangs vielleicht veranschaulichen durch den Vergleich mit einem Sender (von dem die Stimulierung ausgeht) und einem Empfänger: je größer die Entfernung des Senders vom Empfänger, desto schwächer und unschärfer werden - bei gegebener Empfangsstärke (Motivationsstruktur) - die empfangenen Signale. In Abb. 66 e wird der über die Distanz nachlassende

Stimulierungseffekt symbolisiert durch die anfangs noch durchgezogene später gestrichelte und schließlich nur noch gepunktete Rückkoppelung schleife.

3. Materieller Anreiz und Konkurrenz

Kommen wir nach diesen allgemeinen Überlegungen zurück auf das System ökonomischer Hebel und die Verankerung des materiellen Anreizes durch Koppelung zwischen Betriebsgewinn und Prämienfonds. Der produktivitätssteigernde Effekt einer solchen materiellen Stimulierung scheint nach unseren Ausführungen auf der Hand zu liegen. Dennoch enthält dieses Prinzip eine außerordentliche Problematik. Wird die Jagd nach der Prämie und damit die Jagd nach dem Betriebsgewinn zum entscheidenden Antrieb, so werden sich alle diejenigen Tendenzen durchsetzen, die den Betriebsgewinn steigern, d.h. die entweder einen Druck auf die Kosten ausüben und/oder die Erlöse in die Höhe treiben (Abb. 67 a).



Die darauf gerichteten Maßnahmen sind aber auch in einem sozialistischen System indirekt zentralisierter Planung nicht von vornherein in vollen Einklang mit gesellschaftlichen Interessen. Anstatt miteinander zu kooperieren, werden die Betriebe zunehmend in Konkurrenz gegeneinander treten, und statt gesellschaftlicher Verantwortung wird sich auf diese Weise betriebsegoistisches Verhalten herausbilden (symbolisiert durch die zwischen die Betriebe tretenden Mauern in Abb. 67 b).

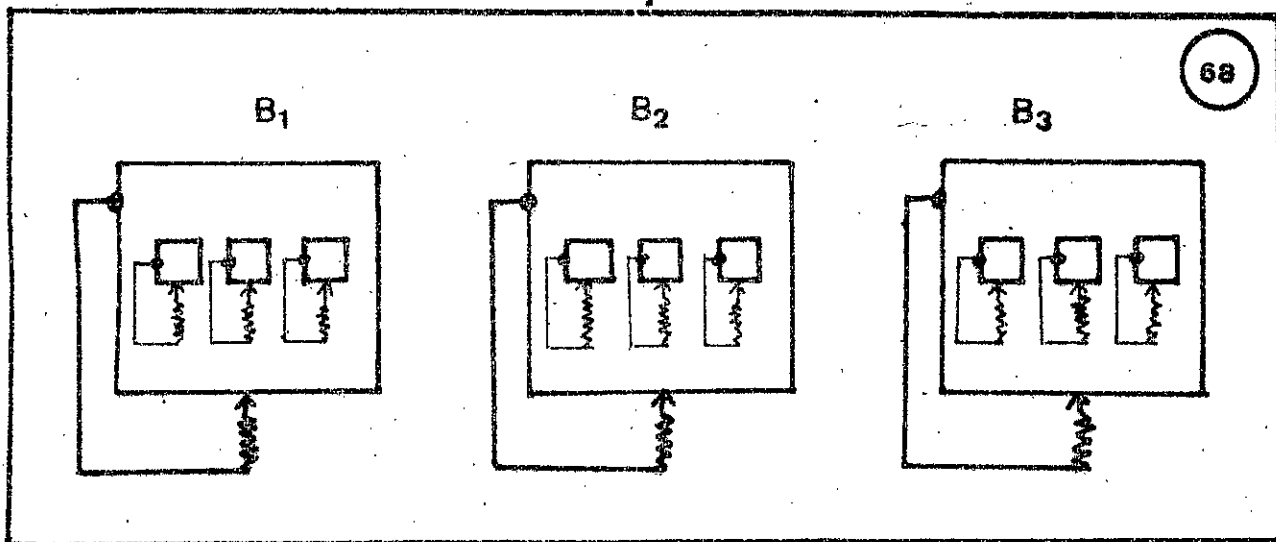
4. Materieller Anreiz und Druck auf den Arbeitsprozeß

Der Druck auf die Kosten wird sich nicht nur auswirken in Richtung einer ökonomischen Verwendung von Material und Maschinen, sondern wird auch Auswirkungen haben auf den Einsatz der lebendigen Arbeit. Ähnlich

wie unter kapitalistischen Bedingungen, wo der Verwertungszwang des Kapitals den rationellen Einsatz der lebendigen Arbeit und die damit einhergehenden Methoden der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation (Taylorismus) auch gegen die Interessen der Arbeiter durchgesetzt hat, wird sich auch hier ein Druck auf die lebendige Arbeit ergeben, der in der Tendenz zu entfremdenden Strukturen im Arbeitsprozeß führen bzw. diese verfestigen wird. Die alte Arbeitsteilung - vom Kapitalismus hervorgebracht - wird unter solchen Bedingungen nicht überwunden, sondern wird sich immer wieder herstellen.

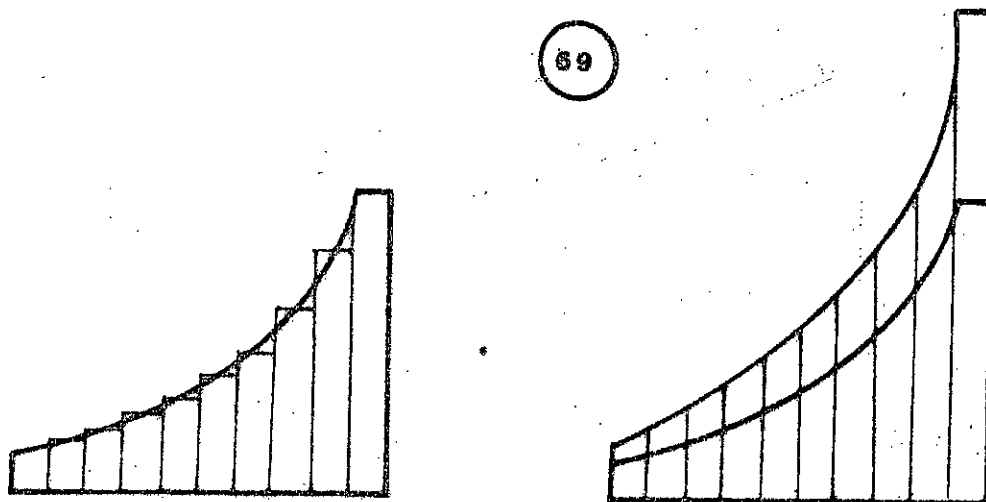
5. Materieller Anreiz und Verfestigung innerbetrieblicher Hierarchie

Einmal als entscheidender Motivationshebel verankert, wird sich das Prinzip der materiellen Stimulierung auch nicht beschränken können auf eine Differenzierung der einzelnen Betriebe je nach Leistung, sondern wird sich auch innerhalb der Betriebe als leitendes Prinzip durchsetzen: der Prämienfonds des Betriebes wird sich nicht gleichmäßig verteilen auf alle Betriebsangehörigen, sondern wird auch hier gekoppelt werden an die jeweils individuelle Leistung. (Abb. 68 will diese Tendenz symbolisieren: während vorher nur die Koppelung zwischen Betriebsgewinn und betrieblichem Prämienfonds gegeben war, existiert jetzt auch innerhalb der einzelnen Betriebe eine Koppelung zwischen der individuellen Arbeitsleistung und der individuellen Prämie. Auf diese Weise werden die Rückkoppelungsschleifen nochmals verkürzt und der Stimulierungseffekt vergrößert: nicht nur der Betrieb als ganzes bekommt die Auswirkungen der kollektiven Arbeitsleistung in Form der Betriebsprämie zu spüren, sondern jeder einzelne bekommt in Form der individuellen Prämie gewissermaßen unmittelbar die Quittung für seine individuelle Arbeitsleistung und wird auf die Weise als Individuum - nicht als Kollektiv! - zu höherer Arbeitsleistung angespornt.



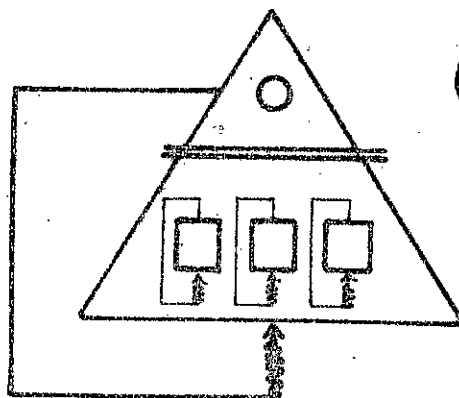
Bleibt die hierarchische Struktur der Arbeitsorganisation und die Trennung von Hand- und Kopfarbeit unangetastet, bleiben also die leitenden Funktionen gegenüber den ausführenden Funktionen verselbständigt, so wird sich auch eine damit einhergehende Ideologie verfestigen, die

die Expertenarbeit der leitenden Funktionen höher einstuft als die ausführende Arbeit der Massen der unmittelbaren Produzenten. Auf der Ebene der materiellen Entlohnung findet diese Ideologie ihren Niederschlag in einer entsprechenden Differenzierung der Löhne und in einer ebensolchen Differenzierung der Prämien: leitende Funktionen werden nicht nur von vornherein höher entlohnt, sondern erhalten auch einen höheren Anteil am betrieblichen Prämienfonds, mit der Folge, daß sich die Einkommen (Lohn + Prämie) immer weiter auseinander entwickeln (Abb. 69).



69

Gleichzeitig führt der höhere Anteil der Hierarchiespitze an der Prämie dazu, daß die Betriebsleitung ein besonderes Interesse an gesteigerten Gewinnen entwickelt und von daher umso mehr darum bemüht sein wird, aus den unmittelbaren Produzenten ein Maximum an Arbeitsleistung herauszuholen. Das Prinzip der materiellen Stimulierung trägt auf diese Weise dazu bei, daß sich der Interessenwiderspruch zwischen Betriebsleitung und unmittelbaren Produzenten an der Basis verfestigt. (Abb. 70 will das Interesse der Betriebsleitung symbolisieren, den materiellen Anreiz als Stimulierungsmittel auf der Ebene der ausführenden Arbeit zu verankern.)



70

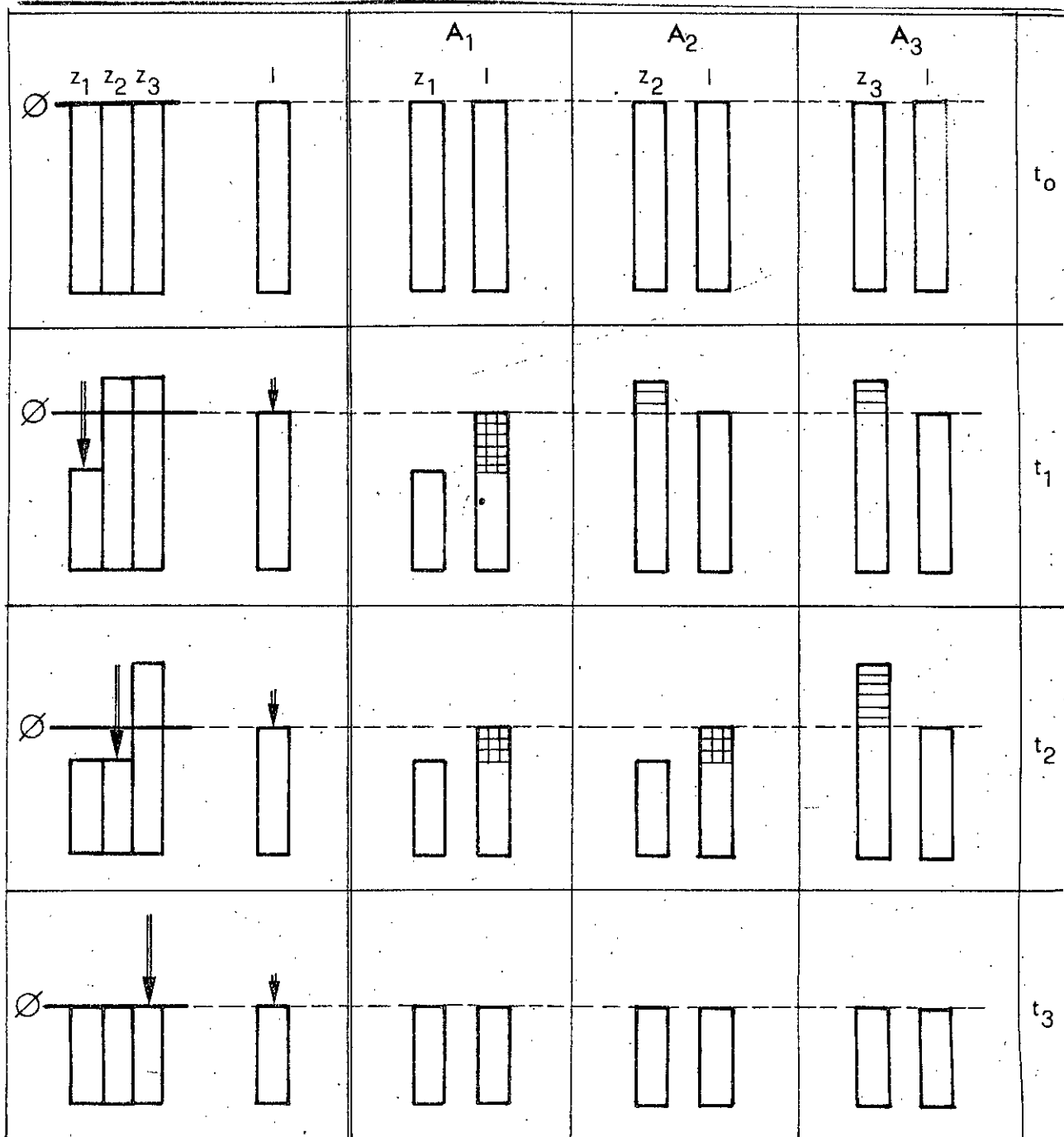
Innerbetriebliche Lohndifferenzierung und Versetzung von Solidarität

Während für den ganzen Betrieb der Prämienfond gekoppelt wurde an den Betriebsgewinn, muß nun innerhalb der Betriebe eine Bezugsgröße gefunden werden für die Bemessung der individuellen Prämie. Zwar bieten sich hier die verschiedensten Möglichkeiten an, z.B. Orientierung der Prämie nach sozialen Gesichtspunkten oder entsprechend dem kollegialen und solidarischen Verhalten usw.. Im Interesse einer auf maximalen Betriebsgewinn orientierten Betriebsleitung wird es aber am ehesten liegen, die individuelle Prämie zu koppeln an die individuelle Arbeitsleistung, sofern sie sich quantitativ erfassen läßt. Deshalb ist es nur konsequent, daß sich unter den genannten Bedingungen die Form des Stücklohns - und d.h. auch der Akkordarbeit durchsetzt.

Der Wirkungsmechanismus und Herrschaftscharakter des Stücklohnsystems

Was ist das Wesen der Akkordarbeit und des Stücklohnsystems, und wie läßt es sich mit sozialistischen Ansprüchen vereinbaren? Das folgende Modell soll dazu dienen, diese Fragen zu beantworten. Das Modell geht von drei Arbeiten innerhalb eines Betriebes aus, die in der Ausgangssituation t_0 die gleiche Arbeitsleistung erbringen, d.h. in einer gegebenen Zeit gleich viele Stücke des gleichen Produkts bearbeiten, also die gleiche Stückzeit (z_1, z_2, z_3) benötigen. Der materielle Anreiz zu größerer Arbeitsleistung besteht nun darin, daß der individuelle Lohn des einzelnen Arbeiters umso höher ausfällt, je mehr Stücke er bearbeitet, d.h. je geringer seine individuelle Stückzeit ist. Der individuelle Lohn errechnet sich nun aus der bearbeiteten Stückzahl multipliziert mit dem Stücklohn. Der Stücklohn l orientiert sich seinerseits an der durchschnittlichen Stückzeit. In der Zeile t_0 sind unter A_1, A_2, A_3 noch einmal die jeweils individuellen Stückzeiten und der einheitliche Stücklohn einander gegenübergestellt.

In t_1 hat nun Arbeiter A_1 sein Arbeitstempo gesteigert und dadurch seine individuelle Stückzeit z_1 verkürzt. Dies drückt die durchschnittliche Stückzeit herunter, und unter der Annahme einer entsprechenden Anpassung des Stücklohns an den veränderten Durchschnitt sinkt auch der Stücklohn. Für A_1 ergibt sich dennoch aus dem Verhältnis von individueller Stückzeit und durchschnittlichem Stücklohn ein Lohnvorteil, der sich daraus ergibt, daß A_1 pro Stück eine geringere Zeit beansprucht und also innerhalb seiner Arbeitszeit mehr Stücke als der Durchschnitt produzieren kann. (Dieser Vorteil gegenüber dem Durchschnitt kommt in dem mit " + " schraffierten Block zum Ausdruck.) (Dieser Vorteil ergibt sich wohlgerne auch nach der Anpassung des Stücklohns an die verminderte durchschnittliche Stückzeit. Vor der Anpassung wäre er entsprechend noch größer.) A_2 und A_3 erleiden durch



Senkung des Stücklohns eine Lohneinbuße (dargestellt durch die mit " - " schraffierten Blöcke).

In t_2 hat nun auch der Arbeiter A_2 sein Tempo vergrößert und drückt dadurch noch mehr auf die durchschnittliche Stückzeit und den Stücklohn. Beide, A_1 und A_2 , haben zwar noch gegenüber der Ausgangssituation eine Lohnverbesserung, aber für A_1 hat sie sich gegenüber t_1 bereits reduziert. A_3 hingegen hat über die zweimalige Stücklohnsenkung vergleichsweise ganz erhebliche Lohneinbußen. Die Senkung seines individuellen Lohns, aus dem er unter Umständen kaum mehr seinen gewohnten Lebensunterhalt decken kann, läßt ihm schließlich gar keine andere Wahl, als auch seinerseits das Arbeitstempo zu steigern. Der Anreiz des Stücklohns, seinen individuellen Lohn durch gesteigerte Arbeitsleistung zu vergrößern, kehrt sich für A_3 um in einen äußeren Zwang zu intensiverer Arbeit, um das Lebensniveau halten zu können." (B.Senf: Politische Ökonomie des Kapitalismus, Mehrwert 17, Berlin 1978, S.151f)

"Im Zeitpunkt t_3 , wo nun auch Arbeiter A_3 sich dem äußeren Zwang des Stücklohnsystems gebeugt hat ..., ist der Stücklohn mittlerweile so weit gesunken, daß die ursprüngliche Lohnverbesserung bei A_1 und dann A_2 nunmehr gänzlich zusammengeschrumpft ist. A_3 hat nicht einmal vorübergehend eine Lohnverbesserung zu verzeichnen, sondern hat gerade einmal seine Lohneinbuße wieder wettgemacht. - An diesem Modell zeigt sich ganz deutlich der Charakter des Stücklohnsystems: es treibt die Arbeiter gegeneinander in ein immer größeres Arbeitstempo, wobei einige - unter dem Anreiz ihre individuelle Entlohnung zu verbessern - zu den Vorreitern der Temposteigerung werden, während andere dadurch unter den Zwang geraten, im Tempo nachzuziehen. Abgesehen von vorübergehenden individuellen Lohnverbesserungen für die Vorreiter und die individuellen Lohneinbußen für die Nachzügler hat sich im Endergebnis, wenn sich alle der Temposteigerung angepaßt haben, für keinen von ihnen die Lohnsituation verbessert. Was sich verändert hat, ist die Intensität der Arbeit." (B.Senf: Politische Ökonomie des Kapitalismus, a.a.O., S.152 f).

Die Auswirkungen gesteigerter Intensität schlagen sich freilich auch in einem höheren Betriebsgewinn und damit in einem höheren Prämienfonds nieder. Aber unter den gemachten Annahmen kommt dieser Prämienfonds nicht in erster Linie den Arbeitern, sondern der Betriebsleitung zugute. Und selbst wenn er gleichmäßig unter die Arbeiter verteilt würde, würde sich an dem grundsätzlichen Sachverhalt nicht viel ändern: daß nämlich die Arbeiter bei der Jagd nach individuellem materiellem Vorteil in die Konkurrenz gegeneinander getrieben werden, daß sie materiell motiviert werden, ihre eigenen Arbeitsbedingungen zunehmend zu verschärfen und sich weitgehend blind der entfremdeten Arbeitssituation zu unterwerfen. Der materielle Anreiz, scheinbar ein Instrument zur Harmonisierung individueller und gesellschaftlicher Interessen, ist in seinem Wesen demnach ein Instrument, um den Widerstand der un-

mittelbaren Produzenten gegen die entfremdenden Arbeitsbedingungen zu brechen und ihre Solidarität zu untergraben. Auch unter sozialistischen (besser: sozialistisch sich nennenden) Bedingungen bleibt der Herrschaftscharakter des Stücklohnsystems in seinem Wesen unverändert (vgl. hierzu im einzelnen M. Haraszti: Stücklohn, Berlin 1975).

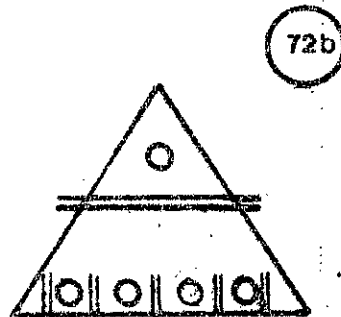
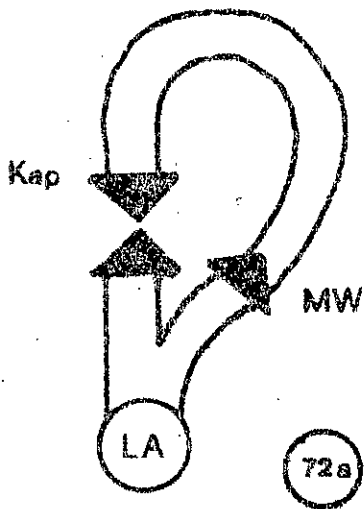
Anstatt die kapitalistische Form der Arbeitsorganisation, die hierarchische (vertikale) Arbeitsteilung einschließlich Taylorismus und Stücklohnsystem zu überwinden, haben die Wirtschaftsreformen der osteuropäischen Länder mit ihrem System ökonomischer Hebel und materiell Anreize tendenziell dazu beigetragen, diese Formen zu verfestigen. Unter dem erklärten Anspruch der Verwirklichung des Sozialismus haben sich Strukturen durchgesetzt, in denen die Masse der unmittelbaren Produzenten - trotz veränderter Eigentumsverhältnisse - nach wie vor an ihrer Emanzipation gehindert wird, nicht mehr durch das Kapitalverhältnis und den daraus entspringenden Verwertungszwang des Kapitals, sondern durch Herrschaftsverhältnisse neuer Art. Die Herrschaftsstrukturen der Gesellschaften, die nicht mehr kapitalistisch, aber auch noch nicht (im ursprünglichen Sinn) sozialistisch sind, auf ihren wesentlichen Kern zurückzuführen, diese Aufgabe hat sich Rudolf Bahro in seinem Buch "Die Alternative" gestellt. Wir wollen uns im folgende mit einigen wesentlichen Gedanken von Bahros "Kritik des real existierenden Sozialismus" vertraut machen.

G. BAHRO'S "KRITIK DES REAL EXISTIERENDEN SOZIALISMUS"

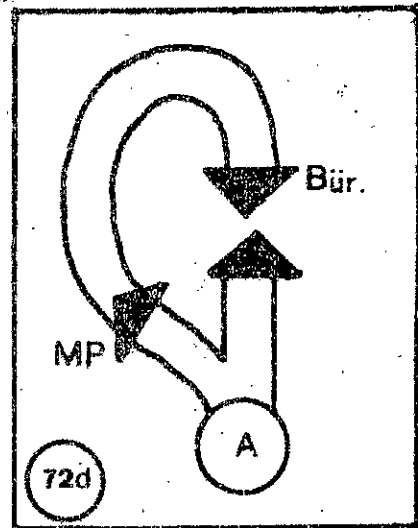
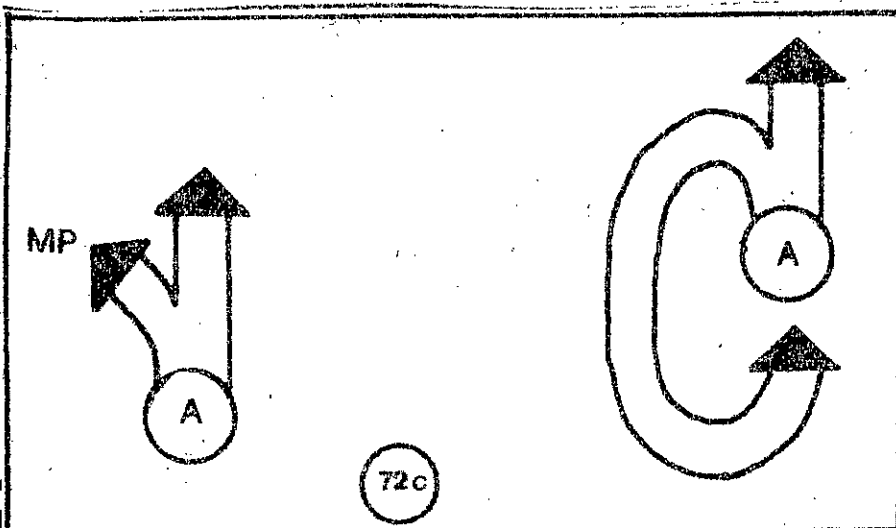
Rudolf Bahro entwickelt in seinem Buch "Die Alternative" eine umfassende Kritik der Systeme, wie sie sich in Osteuropa herausgebildet haben insbesondere auch des Systems der DDR. Bahro versucht dabei die Wurzeln dafür aufzudecken, daß sich in diesen Ländern die emanzipatorisch sozialistischen Tendenzen nicht haben durchsetzen können. Seine Kritik an den Systemen des von ihm sogenannten "real existierenden Sozialismus" mißt die bestehenden Systeme an dem auf Marx und Engels zurückgehenden Anspruch, daß Sozialismus eine tendenzielle Aufhebung aller ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen bedeute, durch die die Emanzipation der Massen verhindert werde. Das heißt Aufhebung aller entfremdenden Strukturen, in denen den unmittelbaren Produzenten der Einfluß auf ihre eigenen Existenzbedingungen entglitten ist und sich ihnen gegenüber verselbständigt hat.

I. Real existierender Sozialismus - nicht mehr Kapitalismus und noch nicht Sozialismus

Wir hatten zu Anfang die entfremdenden Strukturen, wie sie der Kapitalismus hervorgebracht hat, mit Abb. 72 a und Abb. 72 b symbolisiert



Unter dem Druck des Verwertungszwang des Kapitals, das sich gegenüber den Lohnarbeitern verselbständigt und von der Kapitalistenklasse angeeignet wird, hat sich in der historischen Entfaltung des Kapitalismus eine innerbetriebliche hierarchische Arbeitsteilung durchgesetzt, einhergehend mit wachsender Monotonie der ausführenden Arbeit und gleichzeitiger Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit. Das von den unmittelbaren Produzenten produzierte Mehrprodukt in Form des Mehrwerts wendet sich auf diese Weise gegen die unmittelbaren Produzenten selbst, und mit Vergrößerung des Gesamtprodukts vergrößern sie gleichzeitig die Herrschaft des Kapitals über sich. Sozialismus ist in seinem Wesen darauf gerichtet, diese Herrschaftsstrukturen tendenziell aufzuheben. Die Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln sollte die Voraussetzung dafür schaffen, daß das von der Gesellschaft produzierte Produkt und Mehrprodukt sich nicht gegen die Interessen der unmittelbaren Produzenten wendet, sondern in ihrem Interesse produziert und verwendet wird. Wir hatten diesen sozialistischen Anspruch symbolisiert mit Abb. 72 c: das Mehrprodukt unter sozialistischen Bedingungen wird nicht mehr - wie unter kapitalistischen Bedingungen als Mehrwert - nach "rechts" abgespalten, sondern nach "links" und kommt den unmittelbaren Produzenten zugute.



Die Hauptthese von Bahro's Kritik vom real existierenden Sozialismus ist nun, daß zwar in diesen Ländern das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben ist, daß sich aber unter den veränderten Eigentumsverhältnissen neue Herrschaftsstrukturen herausgebildet haben, unter denen sich die ökonomischen und gesellschaftliche Verhältnisse wiederum gegenüber den unmittelbaren Produzenten verselbständigt haben: die Aneignung des Mehrprodukts erfolgt zwar nicht mehr durch die Kapitalistenklasse, sondern durch den Staat. Aber eben dieser Staat sei nicht Verkörperung des Willens und der Interessen der unmittelbaren Produzenten, sondern habe sich als Staatsapparat gegen eben diese Interessen verselbständigt. (Abb. 72 d will diesen Gedanken symbolisieren.) Insofern seien die sozialistisch sich nennenden Systeme Osteuropas zwar nicht mehr kapitalistisch, aber auch noch nicht sozialistisch. Hinter der ideologischen Fassade von der "Herrschaft der Arbeiterklasse" habe sich eine Bürokratie herausgebildet und verfestigt, die den Staatsapparat als Instrument der Herrschaft der Bürokratie über die Masse der Arbeiter benutze. Bahro:

"Nicht die Gesellschaft, die staatliche Bürokratie ist das Subjekt des Plans im real existierenden Sozialismus." (R. Bahro: Die Alternative - zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln 1977, S. 184). "Haben die werktätigen Massen der "sozialistischen" Länder auch nur den geringsten positiven Einfluß auf die Entscheidungen, die ihr materielles und also letztlich ihr gesamtes Geschick betreffen? Auf die Entscheidungen über die Proportion zwischen Akkumulation und Konsumtion, zwischen Kriegs- und Friedensproduktion, zwischen Wohnungsbau und Monumentalbau, zwischen dem Aufwand für Bildung und dem Aufwand für propagandistische Selbstdarstellung der Macht, zwischen den Kosten für die Befreiung der Frau von der häuslichen Sklaverei und den Kosten für die Sicherheit der "Beauftragten der Gesellschaft"? Natürlich nicht ... es gibt nur die negative, indirekte Kontrolle durch die Gefahr spontaner Massenerhebungen, die, wenn sie eintreten, das totale Versagen der Herrschaft im Rahmen ihrer eigenen Maßstäbe signalisieren. Letztenendes zeigen sie an, daß sich der politische Überbau im Teufelskreis der alten Arbeitsteilung festgefahren hat, deren konzentrierten Ausdruck er darstellt." (Bahro, a.a.O., S.178 f)

II. Zur Rolle der Bürokratie im Herrschaftssystem des real existierenden Sozialismus

Das Interesse der Bürokratie sei nun nicht die Emanzipation der unmittelbaren Produzenten, sondern in erster Linie ihre eigene Selbsterhaltung. Indem den Massen die aktive Teilnahme an den sie betreffenden Entscheidungen im Produktions- und Reproduktionsbereich vorenthalten werde, sei auch das Verhältnis zwischen den Massen und "ihrem" Staat ein entfremdetes. Bahro:

"Die Grundeinstellung der unmittelbaren Produzenten zu "ihrem" Staat unterscheidet sich bis heute nicht wesentlich von der der Arbeiter im Kapitalismus zu "ihrem" Konzern. Angesichts des Fort-

bestehens von Arbeitsteilung, Warenproduktion und Geld hat sich auch an den Prinzipien der Gliederung der Leistungsbewertung nichts geändert. Der Lohn ist nichts als der vom Aneigner Staat gezahlte Preis der Ware Arbeitskraft." (S.242)

Obwohl sich die Eigentumsverhältnisse in den Ländern des real existierenden Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus verändert haben und obwohl andere gesamtwirtschaftliche Planungstechniken zur Anwendung kommen, obwohl auch die Kapitalistenklasse als solche nicht mehr existiere, habe sich Herrschaft, Ausbeutung und Entfremdung in ihrem Wesen nicht verändert. Bahro:

"Herrschaft, Ausbeutung und Entfremdung sind Begriffe, deren Realgehalt gerade vor diesem allgemeinen Hintergrund ein und derselbe ist, jedenfalls im Kern. Immer handelt es sich darum, daß mehr oder weniger große Anteile der geteilten und vereinzelter konkret Arbeit, die von der Masse der Produzenten geleistet wird, im Namen eines besonderen, und darum in einem besonderen Klassensubjekt verkörperten Gemeininteresse zusammengefaßt werden, so daß nun diese konzentrierte vergegenständlichte Arbeit das Mittel wird, die lebendige zu kommandieren - zu dem insgesamt gesehen erreichten Zweck, diesen entfremdeten Reichtum quantitativ und qualitativ zu vermehren. Unabhängig von ihrer konkreten Form und unabhängig von dem Grad des Parasitismus am Wohl der sozialen Macht (möge dieser für historische Augenblicke gegen Null gehen!) besteht die Ausbeutung und Unterdrückung darin, die Produzenten der Entscheidungs- und Verfügungsgewalt über die Bedingungen ihres materiellen Lebens zu berauben, so daß ihre soziale und nicht selten sogar ihre biologische Existenz als Individuen in die Hände einer wesensmäßig unbegreiflichen, väterlichen Schicksalsmacht gelegt ist." (S. 177 f)

II. Der Herrschaftscharakter der vertikalen Arbeitsteilung

Die Aufrechterhaltung und Verfestigung der alten, hierarchischen Arbeitsteilung, der weitgehende Ausschluß der unmittelbaren Produzenten von der realen Verfügungsgewalt über die Produktions- und Reproduktionsbedingungen bringe es mit sich, daß sich die unmittelbaren Produzenten auch unter den Bedingungen des real existierenden Sozialismus nicht mit ihrer Arbeit identifizieren können und also keine grundlegend neue - sozialistische - Einstellung zur Arbeit, keine neue Arbeitsmotivation und Arbeitsmoral entwickeln könne. Bahro:

"Solange nun in der Sphäre der Arbeit die eigenen Kräfte nur verausgabt, nicht aber psychisch produktiv konsumiert werden können, muß das Ziel der Individuen darin bestehen, dort möglichst wenig auszugeben und möglichst viel einzunehmen, was dann jenseits dieser Sphäre in Selbsterhaltung, günstigstenfalls in Selbstentwicklung und Selbstgenuß umgesetzt werden kann." (S.244)

Solange also aufgrund der entfremdenden Strukturen im Arbeitsprozeß keine Selbstverwirklichung in der Arbeit möglich ist und damit auch keine Identifizierung mit dem Produkt der eigenen Arbeit, kann die Arbeitsmotivation nur über materiellen Anreiz hergestellt (bzw. über offene Repression erzwungen) werden. Der Anreiz besteht dann nicht in der Arbeit selbst, nicht in der Möglichkeit der vollen Einbringung der eigenen Persönlichkeit in den Arbeitsprozeß, sondern in den Konsummöglichkeiten, die man sich über das verdiente Geld erschließt. Wobei der Konsum für den einzelnen oft nur eine schlechte Entschädigung dafür ist, daß man sich in der Arbeit nicht hat entfalten können: Konsum als "Kompensation" für die im Arbeitsprozeß und anderswo erfahrene Unterdrückung.

IV. Kompensatorische Interessen als Ergebnis der Unterdrückung emanzipatorischer Interessen

Bahro unterscheidet in diesem Zusammenhang generell zwischen den "kompensatorischen Interessen" einerseits und den "emanzipatorischen Interessen" andererseits, wobei er die kompensatorischen Interessen als Folge der Unterdrückung von Entfaltungsbedürfnissen, von emanzipatorischen Interessen versteht:

"Die kompensatorischen Interessen auf der einen Seite sind die unvermeidliche Reaktion darauf, daß die Gesellschaft die Entfaltung, Entwicklung und Bestätigung zahlloser Menschen frühzeitig beschränkt und blockiert. Die entsprechenden Bedürfnisse werden mit Ersatzbefriedigungen abgespeist. Man muß sich im Besitz und Verbrauch von möglichst vielen (tausch-)wertvollen Dingen und Diensten dafür schadlos halten, daß man in den eigentlich menschlichen Bedürfnissen zu kurz gekommen ist. Auch das Streben nach Macht fällt, als eine Art höherer Ableitung, mit unter die kompensatorischen Interessen." (S.322)

"Die emanzipatorischen Interessen dagegen richten sich auf das Wachstum, die Differenzierung und die Selbstverwirklichung der Persönlichkeit in allen Dimensionen menschlicher Aktivität. Sie verlangen vor allem die potentiell allumfassende Aneignung der in anderen Individuen, in Gegenständen, Verhaltensweisen, Beziehungen objektivierten menschlichen Wesenskräfte, ihre Verwandlung in Subjektivität, in einen Besitz nicht der juristischen Person, sondern der geistigen und sittlichen Individualität, der seinerseits nach produktiver Umsetzung drängt." (S.322)

(In diesen Formulierungen kommt zum Ausdruck, was wir bereits früher - unter Anlehnung an Wilhelm Reich - über den Zusammenhang zwischen Triebentfaltung, gesellschaftlicher Repression, Verdrängung und zwinghaftem destruktiven Durchbruch abgeleitet hatten. Vgl. hierzu im einzelnen B. Senf: Bahro und Reich, Papier zum Bahro-Kongreß, Berlin 1978.)

Das Fortbestehen bzw. die Wiedereinführung materieller Anreize ist insofern ein Indiz dafür, daß sich andere - sozialistische - Motivationen zur Arbeit nicht herausgebildet haben, was wiederum seinen tieferen Grund darin hat, daß sich die Struktur des Arbeitsprozesses gegenüber den kapitalistischen Bedingungen nicht wesentlich verändert hat; daß also die Emanzipation der unmittelbaren Produzenten von den sie beherrschenden äußeren Zwängen im Arbeitsprozeß auch in den Ländern des real existierenden Sozialismus nicht stattgefunden hat.

V. Bürokratische Rivalität als spezifische Motivation

Dennoch sei es schwierig, eine dem Kapitalismus entsprechende Arbeitsintensität durchzusetzen, weil bestimmte disziplinierende Mechanismen (z.B. die Angst vor Arbeitslosigkeit) wegfallen und zudem die Legitimationsgrundlage des sozialistischen Staates, nämlich Arbeiterstaat zu sein, nicht überstrapaziert werden dürfe. Bahro:

"Unser Staat ... ist essentiell, nämlich von seinem Platz in der Geschichte her, nicht in der Lage, dieselbe Arbeitsintensität zu erzwingen wie der Kapitalismus. Es gehört zu den Voraussetzungen seiner Existenz, zu den elementaren Bedingungen seines Bestands in der inneren und internationalen Auseinandersetzung, daß der Widerspruch zwischen ihm und dem unmittelbaren Produzenten nicht eklatiert. Politökonomisch gesehen, haben die Arbeiter im real existierenden Sozialismus eine viel größere Möglichkeit, die "Gesamtgesellschaft" zu erpressen, als die Gewerkschaften im Kapitalismus, und sie nutzen sie entgegen allem vordergründigen Anschein in der Tat auch aus, aber sie können dies nur auf eine unfruchtbare Weise tun, nämlich durch Leistungszurückhaltung."
(S. 245)

Der Anspruch auf geringere soziale Ungleichheit (gegenüber dem Kapitalismus) habe darüber hinaus dazu geführt, daß sich die Einkommensverteilung weniger polarisiere, als dies aus der Struktur der alten Arbeitsteilung ableitbar wäre. Die soziale Ungleichheit innerhalb des real existierenden Sozialismus trete deshalb weniger in den unterschiedlichen Einkommen zutage als vielmehr in den ungleich verteilten Möglichkeiten der Entfaltung in der Arbeit, d.h. in den unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu den verschiedenen Funktionsniveaus innerhalb der betrieblichen Hierarchie. Bahro:

"Nach den Überlegungen über die alte Arbeitsteilung als tiefster Quelle der sozialen Ungleichheiten, die sich in den verschiedenen Niveaus und Strukturen der Persönlichkeitsentwicklung äußert, muß sich der Schwerpunkt des Interessenkampfes sukzessiv von der Verteilung des Arbeitsentgelts zur Verteilung der Arbeit selbst verschieben, nach dem einmal die Subsistenzmittel im großen und ganzen gesichert sind. Inhalt und Charakter der Arbeit, die mit dem Arbeitsplatz verbundenen Aufstiegs- und Wachstumschancen, haben nach soziologischen Untersuchungen in den verschiedenen Ländern unseres Systems bereits jetzt die Lohnhöhe in ihrer motivationalen

Bedeutsamkeit überholt, und je qualifizierter die Menschen sind, desto stärker ist diese Tendenz ausgeprägt." (S. 250)

"Damit wird die Konkurrenz um die Aneignung selbstentwicklungsgünstiger Tätigkeiten, um die entsprechenden Plätze im viel-dimensionalen System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu der für den real existierenden Sozialismus charakteristischen spezifischen Triebkraft des ökonomischen Lebens. Nicht zufällig konzentriert sich das Wettbewerbsverhalten der Individuen bei uns so stark auf die Ausbildungsphase, in der über den Zugang, die Zulassung zu den günstigsten Plätzen im System der gesellschaftlichen Gesamtarbeit entschieden wird, wobei die an Bildung und Einfluß arrivierten Schichten die Szene beherrschen." (S. 250)

Befinden sich nun die leitenden Positionen der Gesellschaft innerhalb des bürokratischen Apparats und werden von diesem vergeben, so entwickle sich unter den aufstiegsorientierten Individuen ein Antriebsmuster eigener Art, die von Bahro sogenannte "bürokratische Rivalität":

"Fügsamkeit nach oben, disziplinarische Durchschlagskraft nach unten und erst an dritter Stelle Kompetenz - das ist die vorherrschende Rangordnung der Auswahlkriterien. Infolgedessen haben die produktiven, schöpferischen Elemente das Überhandnehmen von Mittelmäßigkeit, ja Unfähigkeit, von Unehrlichkeit und Unsicherheit im Amt zu beklagen, von der politischen Standardisierung zu schweigen." (S. 251)

Die Jagd nach einem attraktiven Platz innerhalb des bürokratischen Apparats erzeuge opportunistisches und anpasslerisches Verhalten und lasse keinen Raum für kritische und vorwärtstreibende Kräfte. Bahro:

"Der Bürokratismus als herrschende Form der Leitung und Arbeitsorganisation erzeugt einen spezifischen Menschentyp von konservativer Mittelmäßigkeit, Leute, die sich hervortun können durch "schöpferische" Konformität (im günstigsten Fall), durch korrekte Erledigung beliebiger Aufträge (im Durchschnitt), durch unfruchtbare Geschäftigkeit (am negativen Ende der Skala)." (S.265)

Das "Selbsterhaltungsinteresse des Apparats" (S. 279) verbiete auf der einen Seite das Aufbrechen der hierarchischen Strukturen in allen Bereichen und die Durchsetzung realer Demokratisierung auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Auf der anderen Seite bedürfe der bürokratische Apparat zum Zwecke seiner Herrschaftssicherung und zur Vermeidung offenen Widerstandes einer massenwirksamen Legitimation. Wird schon den Massen im Arbeitsprozeß ebenso wie im politischen Bereich die Entfaltung ihrer emanzipatorischen Interessen verwehrt, so müssen mindestens Mittel geschaffen werden, um die aus der Repression sich ergebenden kompensatorischen Interessen zu befriedigen. Das kompensatorische

torische Streben nach Macht finde mindestens teilweise seine Ersatzbefriedigung durch einen Aufstieg innerhalb der bürokratischen Strukturen, aber eben nur für einen Teil der Gesellschaft. Der andere - ausgeschlossene - Teil entschädige sich auf andere Weise für die erfahrene Repression und Frustration: durch Flucht in die Privatidylle, in der sich die Verweigerung sozialistischen Engagements zeige, sowie durch die damit verbundene Flucht in den privaten Konsum.

VI. Wachstumsorientierung als Instrument der Herrschaftsicherung

Damit wird höherer Konsum und höhere Produktivität, d. h. ein möglichst großes quantitatives Wachstum der materiellen Produktion, zum scheinbaren Interesse der unmittelbaren Produzenten selbst. In dem nun der bürokratische Apparat dieses quantitative Wachstumsziel fetischisiere, zum obersten Leitfaden der gesamtgesellschaftlichen Planung mache, habe er ein Legitimationsinstrument in der Hand, um die herausgebildete Herrschaftsstruktur aufrechtzuerhalten und zu verfestigen: denn mit dem Hinweis auf die "notwendige" Steigerung der Produktivität scheinen sich auch die rigiden, hierarchischen Strukturen im Arbeitsprozeß zu legitimieren, die einen zunehmenden Druck auf die lebendige Arbeit in Form von Intensitätssteigerung rechtfertigen. Die Anmeldung emanzipatorischer Interessen hingegen kann mit dem Argument abgewehrt werden, daß dies auf Kosten der gesamtwirtschaftlichen Produktivität ginge und sich von daher, gegen die Interessen der sozialistischen Gesellschaft richte. Auf diese Weise stellt sich der Zirkel zwischen "Produktionswachstum - Aufrechterhaltung rigider Strukturen - Unterdrückung emanzipatorischer Interessen - Entstehung kompensatorischer Interessen - Konsumsucht - Produktionswachstum" immer wieder her, ein Zirkel, innerhalb dessen sich die Herrschaft der Bürokratie über die unmittelbaren Produzenten stabilisiere. Bahro:

"Die Wachstumspolitik erweist sich eher als stabilisierendes Agens für die jeweiligen Herrschaftsverhältnisse. Die kommunistische Assoziation als ein Gesellschaftskörper, der seiner Probleme Herr wird, ohne darum seine Individuen strangulieren zu müssen, kann nur eine Ordnung quantitativ einfacher oder zumindest sehr langsam und bedächtig wachsender Reproduktion von Menschen, Werkzeugen und maschinellen Gütern sein." (S. 314)

"Bei der fortdauernden Herrschaft der alten Ökonomie mit ihrer permanenten "Revolution der Erwartungen", die von den jeweils neuesten Luxusbedürfnissen vorangetrieben wird, muß die Gesellschaft immer zu arm für den Kommunismus sein." (S. 314)

Soweit einige wesentliche Gedanken von Bahro's "Kritik des real existierenden Sozialismus". Damit ist über die Vorstellungen Bahro's bezüglich einer Alternative zu diesen Systemen noch nichts gesagt. Wir kommen später noch einmal im einzelnen auf Bahro's Buch "Die Alternative" und seine diesbezüglichen Überlegungen zu sprechen. Vorher wollen wir uns selbst Gedanken machen über denkbare Alternativen zu den von uns bisher diskutierten sozialistischen Systemen: dem System direkt zentralisierter Planung einerseits und dem System indirekt zentralisierter Planung andererseits. Unter dem Gesichtspunkt der Emanzi-

pation der unmittelbaren Produzenten haben sich beide Systemtypen als problematisch herausgestellt, weil weder in dem einen noch in dem anderen die unmittelbaren Produzenten die Verfügungsgewalt über Existenzbedingungen tatsächlich eingeräumt ist. Die Aufrechterhaltung der innerbetrieblichen Hierarchie und die Verweigerung wirksamer Einflußnahme auf das betriebliche Geschehen (ebenso wie auf das Geschehen in anderen gesellschaftlichen Bereichen) ist kennzeichnend für beide Systeme. Es stellt sich von daher die Frage, ob die Emanzipation der unmittelbaren Produzenten dann gelingen kann, wenn in den Betrieben das Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung, d.h. der kollektiven Entscheidung über das betriebliche Geschehen verankert wird. Wir wollen uns deshalb im folgenden mit dem Modell der Arbeiterselbstverwaltung innerhalb einer sozialistischen Marktwirtschaft auseinandersetzen.

H. ARBEITERSELBSTVERWALTUNG UND SOZIALISTISCHE MARKTWIRTSCHAFT

I. Das jugoslawische System der Arbeiterselbstverwaltung

Wenn wir im folgenden das System Arbeiterselbstverwaltung innerhalb einer sozialistischen Marktwirtschaft diskutieren, so werden wir zwar abstrakt modellhaft bestimmte Annahmen einführen und bestimmte Probleme herausarbeiten, dabei aber ein konkretes System im Auge haben, das sich schon relativ früh von dem sowjetischen Typ der administrativen, direkt zentralisierten Planung losgelöst hat: gemeint ist das System der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien.

1. Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln

"In Jugoslawien wurde das nach 1945 verstaatlichte Eigentum an den Produktionsmitteln mit der Verfassung von 1953 - entsprechend der Leitidee einer in freien Assoziationen sich verwaltenden Gesellschaft - in gesellschaftliches Eigentum umgewandelt. Für dieses Eigentum gibt es keinen personifizierten Eigentümer, denn die gesellschaftlichen Produktionsmittel gehören, wie es in der Verfassung von 1963 verankert wurde, "niemand". (H.Hamel: Die Experimente der sozialistischen Marktwirtschaften, in: Bress/Hensel (Hrsg.): Wirtschaftssysteme des Sozialismus im Experiment - Plan oder Markt Frankfurt 1973, S. 183)

Das System der Arbeiterselbstverwaltung im Rahmen einer sozialistischen Marktwirtschaft, d.h. nach Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln einerseits und unter Umgehung einer (direkt oder indirekt) zentralisierten Planung scheint die Möglichkeit zu eröffnen für die aktive Mitwirkung der unmittelbaren Produzenten an den betrieblichen Entscheidungen und damit durch die Überwindung hierarchische Strukturen im Arbeitsprozeß die Grundlage zu schaffen für die Aufhebung von Entfremdung in der Arbeit.

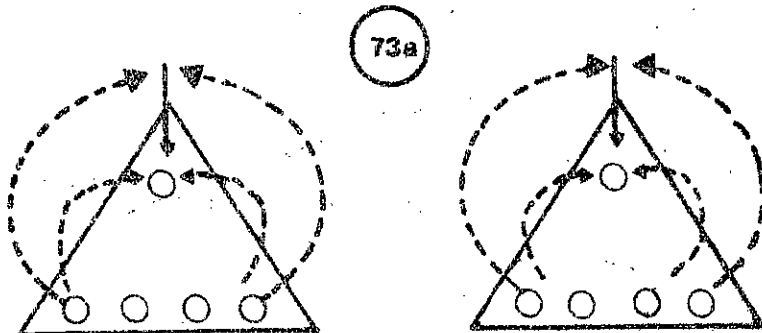
2. Demokratisierung der Entscheidungen innerhalb der Betriebe

Wie sieht die Mitwirkung der Arbeiter im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung konkret aus?

"Die in den Unternehmen von den beschäftigten gewählten Arbeiter-
räte haben das Recht, den Unternehmensleiter auszuwählen, über
den Einsatz der Produktionsmittel sowie über das erwirtschaftete
Unternehmenseinkommen zu verfügen ... somit sind die Arbeiterräte
die Erfolgsinteressenten der jugoslawischen selbstverwalteten
Unternehmen, die für Risiko und Konkurs haften. Unternehmenstei-
ler können nur veräußert werden, wenn dies den Unternehmenszweck
nicht gefährdet." (H. Hamel, a.a.O., S. 184)

"Die Arbeiterkollektive regeln unmittelbar oder über die von ihnen
gewählten Arbeiterräte die inneren Verhältnisse ihrer Unternehmen...
sie entscheiden selbständig über die Verwendung und Nutzung ihrer
Mittel und schließen selbständig Verträge mit dritten. Das eigent-
liche Willensbildungsorgan ist somit das Arbeiterkollektiv oder
der von diesen gewählte Arbeiterrat. Der Arbeiterrat wählt wiederum
(in der Regel für vier Jahre) den Unternehmensdirektor, der die
laufende Geschäftstätigkeit wahrzunehmen hat; wichtige Fragen, wie
die Aufteilung des Unternehmenseinkommens auf Investitionen und
persönliche Einkommen werden jedoch vom Arbeiterrat entschieden."
(H. Hamel, a.a.O., S. 187)

Weder gibt es also in den selbstverwalteten Betrieben einen Kapita-
listen noch eine von einer Planungsbürokratie eingesetzte Betriebs-
leitung, sondern die betrieblichen Entscheidungen werden vom Betriebs-
kollektiv getroffen. Abb. 73 a symbolisiert das Nebeneinander von
selbstverwalteten Betrieben, in denen die Arbeiterkollektive nicht
nur Einfluß haben auf die Betriebsziele (abwärts gerichtete Pfeile),
sondern auch auf die Wahl und Kontrolle der Betriebsleitung.

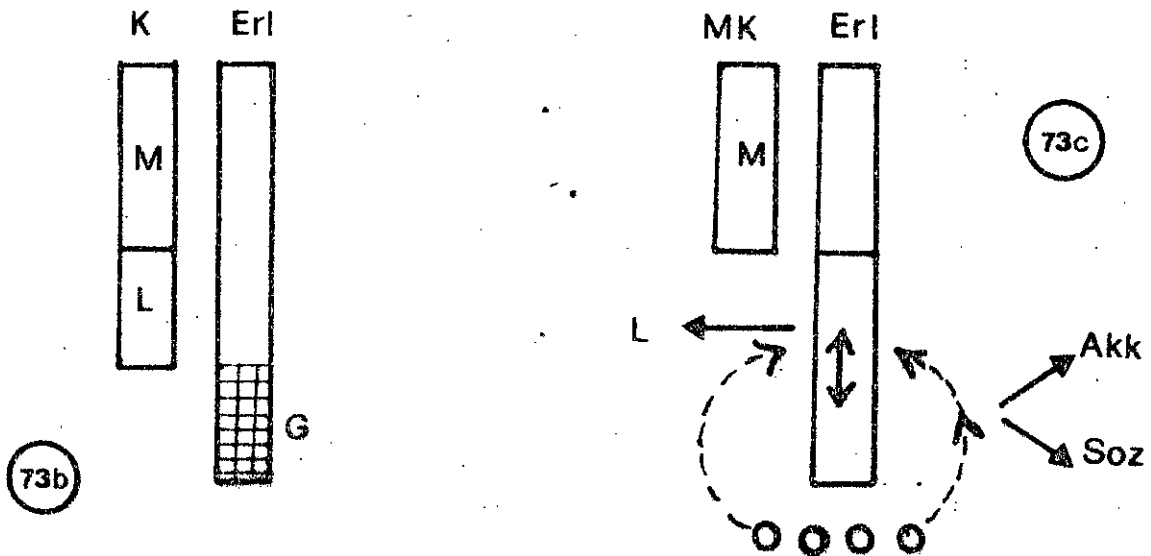


Der Interessenwiderspruch zwischen leitender und ausführender Arbeit,
den wir bisher als wesentlichen Konflikt innerhalb der (direkt wie
indirekt) zentralisierten Planung erkannt hatten, scheint auf diese
Weise aufgehoben. Die leitende Funktion als solche fällt zwar nicht
weg, aber ihre interessenmäßige Abspaltung von der durchführenden Ar-
beit, ihre Verselbständigung gegenüber den Interessen der unmittel-

baren Produzenten scheint im Modell der Arbeiterselbstverwaltung nicht mehr gegeben zu sein.

3. Einkommensprinzip statt Gewinnprinzip

In dem das Arbeiterkollektiv entweder direkt oder über seine Organe (den Arbeiterrat bzw. den Direktor) über das Betriebsgeschehen entscheidet, verfügt es auch über das Produkt der kollektiven Arbeit: die Erlöse aus dem Verkauf der Produkte gehören dem Kollektiv, das entsprechend auch über die Verwendung der Erlöse entscheidet. Gegenüber dem Gewinnprinzip, bei dem sich der Betriebsgewinn aus der Differenz zwischen Erlösen und Kosten für Material, Maschinen (M) und Löhnen (L) ergibt, wird im selbstverwalteten Betrieb eine Unterteilung in Löhne und Gewinne sinnlos.



Der ganze Überschuß über die Sachkosten (M), das sogenannte Unternehmenseinkommen, steht für das Arbeiterkollektiv zur Disposition. D.h., die Arbeiter werden nicht von vornherein mit einem bestimmten Lohn bezahlt und entscheiden hinterher über die Verwendung des verbleibenden Betriebsgewinns, sondern das Kollektiv entscheidet darüber, welcher Teil des Unternehmenseinkommens "ausgeschüttet" wird in Form von persönlichen Einkommen (die den Löhnen entsprechen) und welcher Teil einbehalten wird. Sie entscheiden außerdem darüber, in welchen Proportionen der einbehaltene Teil jeweils für welche Zwecke verwendet wird (z.B. für betriebliche Akkumulation und für betriebliche Sozialaufwendungen). Dieses Prinzip, wonach die Arbeiter ihre Arbeitskraft nicht mit einem vorher festgelegten Lohn bezahlt bekommen, sondern kollektiv über die Verwendung des gesamten Unternehmenseinkommens entscheiden, wird - im Gegensatz zum "Gewinnprinzip" - "Einkommensprinzip" genannt (Abb. 73 c). Bezogen auf Jugoslawien schreibt H. Hamel:

"Dem Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung entspricht hinsichtlich der betrieblichen Ergebnisrechnung das Einkommensprinzip. Es unterscheidet sich vom Gewinnprinzip vor allem dadurch, daß die Arbeit zwar Kostenfaktor, aber kein Aufwand ist. Die Einkommen der Beschäftigten sind abhängig von der Höhe des erwirtschafteten Unternehmenseinkommens, das sich aus dem auf dem Markt erzielten Gesamterlös der Produktion nach Abzug der Sachkosten, der Abführungen an Staat und Banken sowie sonstiger Kosten ergibt. Auf der Basis gesetzlicher Vorschriften, z.B. über die Akkumulationsrate und die persönlichen Mindesteinkommen, entscheidet der Arbeiterrat, welche Teile des Unternehmenseinkommens als persönliche Einkommen an die Beschäftigten ausgezahlt und welche den betrieblichen Fonds (für Investitionen, Geschäftsmittel, Reserven, Sozialeinrichtungen usw.) zugeführt werden. Die persönlichen Einkommen werden nach einer vom Arbeiterrat beschlossenen Arbeitsplatzbewertung anhand eines Punktsystems auf die Beschäftigten, einschließlich des Direktors, verteilt." (H. Hamel, a.a.O., S. 187 f)

4. Arbeiterselbstverwaltung - Verwirklichung sozialistischer Ideale?

Nicht nur die Summe der ausgezahlten persönlichen Einkommen, sondern auch deren Verteilung unter den einzelnen Beschäftigten wird also vom Arbeiterkollektiv entschieden, so daß prinzipiell die Möglichkeit besteht, grundsätzlich andere Kriterien der materiellen Entlohnung zu entwickeln als etwa im Rahmen des Stücklohnsystems. Von daher scheint das System der Arbeiterselbstverwaltung tatsächlich die Verwirklichung der Marx'schen Vorstellungen von der freien Assoziation der unmittelbaren Produzenten zu sein. Wenn das Kollektiv selbst über die Arbeitsbedingungen (Arbeitsplatzgestaltung, Intensität usw.) sowie über die Entlohnungsformen entscheiden kann, scheint der gesamte Produktionsprozeß ihnen gegenüber nicht mehr als fremd und verselbständigt, sondern Produkt ihrer eigenen Entscheidungen zu sein. Sie scheinen nicht mehr Objekt von ohne und gegen ihren Willen ablaufenden Prozessen zu sein, sondern Subjekt, d.h. aktiv und bewußt Gestaltende ihrer eigenen Existenzbedingungen. Das entfremdete Verhältnis zur Arbeit und damit die Wurzel der Entfremdung überhaupt scheint auf diese Weise tatsächlich tendenziell aufhebbar.

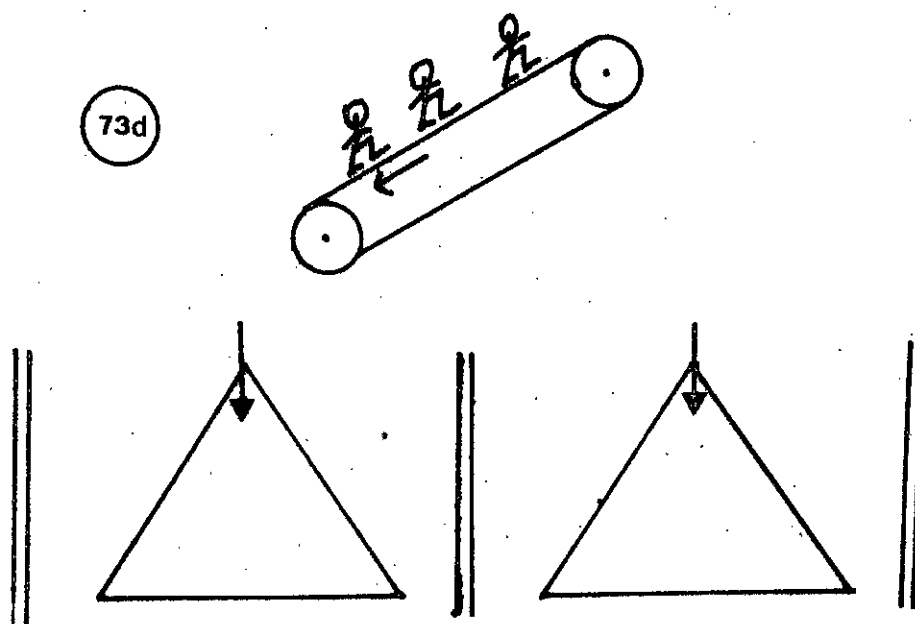
5. Sozialistische Marktwirtschaft: Ausrichtung der Produktion am anonymen Markt

Bei den bisherigen Überlegungen haben wir allerdings eine Frage ausgeklammert, nämlich die Frage nach den Zielen, an denen sich die betrieblichen Entscheidungen und Aktivitäten orientieren. Das Betriebsziel wird nicht mehr - wie im System direkt oder indirekt zentralisierter Planung - von einer Planungszentrale direkt oder indirekt vorgegeben, sondern ergibt sich aus der Orientierung am anonymen, nicht zentral geplanten Markt.

"Die betrieblichen Leistungsanreize bestehen nicht mehr in der Erfüllung und Übererfüllung zentral auferlegter Pläne und in den hiermit verbundenen Prämien, sondern in den auf dem Markt erzielten Erlösen und den hieraus sich ergebenden betrieblichen Einkommen... ; mit diesem neuen betrieblichen Anreizsystem traten zugleich an die Stelle der bürokratischen Kontrollen von Leistungen und Interessen vorwiegend Kontrollen durch den Markt, d.h. durch die Interessen der Vertragspartner (Nachfrager) und der Mitanbieter." (H.Hamel, a.a.O., S.179).

II. Zur Problematik sozialistischer Marktwirtschaft

Die Orientierung der einzelnen sozialistischen Betriebe an einem anonymen Markt heißt aber nichts anderes, als daß die Betriebe gegeneinander in Konkurrenz treten (Abb. 73 d).



Darin angelegt ist die Tendenz zur Herausbildung betriebsegoistischer Verhaltensweisen: daß also die Arbeiterkollektive Entscheidungen treffen, die zwar ihrem Betrieb zugute kommen, auch wenn sie auf Kosten anderer Betriebe oder auf Kosten der Verbraucher gehen. Was heißt das konkret?

1. Durchsetzung des Wertgesetzes hinter dem Rücken der Arbeiterkollektive

Um das Betriebsergebnis zu verbessern, könnten die Betriebe z. B. versuchen, die Konkurrenz anderer Unternehmen mit allen aus dem Kapitalismus bekannten Methoden auszuschalten und über die Erringung von Markt-

macht die Preise monopolistisch zu überhöhen. Oder sie könnten das ebenfalls aus dem Kapitalismus bekannte Mittel der Werbung und Konsummanipulation anwenden, um manipulativ Einfluß auf die Nachfrage zu nehmen. Gelingt die Durchsetzung solcher Marktstrategien, so erhöht sich zwar das Betriebsergebnis, aber unter Herausbildung von Tendenzen, die gegen andere Teile der Gesellschaft gerichtet sind.

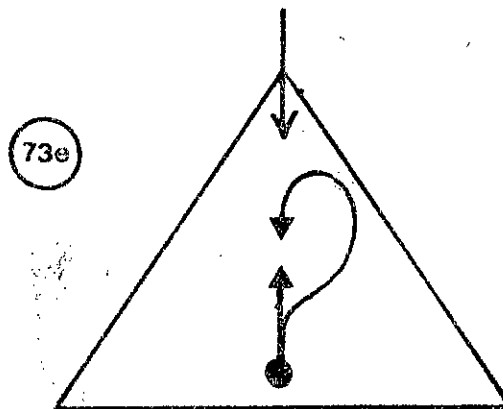
Im übrigen wird unter dem Druck der über den Markt vermittelten Konkurrenz der formale Entscheidungsspielraum der Arbeiterkollektive faktisch ganz erheblich eingeschränkt. Formal besteht zwar die Möglichkeit, das gesamte verbliebene Unternehmenseinkommen an die Arbeiter auszuschütten. Die Konsequenz aber wäre ein Ausbleiben von Akkumulation und Investition mit der Folge, daß dieses Unternehmen im Konkurrenzkampf gegenüber anderen - akkumulierenden - Unternehmen am Markt zurückfallen würde. Wie im Kapitalismus der einzelne Kapitalist, so unterliegt hier das Arbeiterkollektiv als ganzes dem über dem anonymen Markt durchgesetzten Akkumulationszwang, mit allen seinen Folgen, die Marx für den Kapitalismus eingehend analysiert hat. Unter dem Druck dieses Akkumulationszwangs würde - obwohl kein Privateigentum an Produktionsmitteln mehr existiert und obwohl die innerbetrieblichen Strukturen gegenüber dem Kapitalismus formal andere sind - das Wertgesetz sich nunmehr hinter dem Rücken der Arbeiterkollektive durchsetzen. Anders ausgedrückt: die Arbeiterkollektive würden - anstelle der Kapitalisten - zum Vollstrecker des Wertgesetzes mit allen seinen Erscheinungsformen.

Allenfalls kurzfristig können einzelne Arbeiterkollektive, d.h. einzelne Betriebe aus dieser Rolle herausfallen: indem sie entsprechend ihren Bedürfnissen als unmittelbare Produzenten z.B. die Arbeitsintensität vermindern, die Sicherheit am Arbeitsplatz erhöhen, die betrieblichen Sozialaufwendungen steigern, die Monotonie im Arbeitsprozeß abbauen, einen größeren Teil der Arbeitszeit für die Diskussion und Entscheidung über betriebliche Fragen bereitstellen oder die Arbeitszeit insgesamt verkürzen. Sofern diese Maßnahmen aber zu einer vergleichsweise geringen Produktivität des Betriebes führen, bekommt der Betrieb über den Markt alsbald die Quittung in Form eines zurückgehenden Einkommens. Diese Schmälerung entweder der persönlichen Einkommen oder der Akkumulationsmöglichkeiten oder von beidem ist jedenfalls langfristig in der Konkurrenz gegen die anderen Unternehmen nicht durchzuhalten.

Die Arbeiterkollektive werden insofern die Auswirkungen ihrer Entscheidungen sozusagen am eigenen Leibe zu spüren bekommen, und es wird sich notwendigerweise ein Lernprozeß durchsetzen müssen, bei dem die Arbeiter schließlich selbst die Notwendigkeit einer gewissen Akkumulation einsehen, die nur möglich ist, wenn ein möglichst hohes Unternehmenseinkommen erzielt wird und wenn dieses Einkommen nicht voll in Form von Löhnen ausgeschüttet wird. Entweder müssen diese Lernprozesse erst aufgrund negativer sinnlicher Erfahrungen durchgemacht werden, oder aber den weitsichtigeren Teilen des Arbeiterkollektivs, insbesondere der Betriebsleitung, gelingt es schon vorher, den Arbeitern die zur erwartenden Auswirkungen ihrer Entscheidungen vor Augen zu halten und sie von Entscheidungen abzuhalten, die gegen

das langfristige Betriebsinteresse gerichtet wären.

Je mehr sich dieser Lernprozeß - in welcher Form auch immer - durchsetzt und bei den Arbeitern die Einsicht über die Notwendigkeit einer betrieblichen Akkumulation entsteht, umso reibungsloser setzen sich schließlich die im Wertgesetz angelegten Tendenzen durch - einschließlich der Tendenz zur gesamtwirtschaftlichen Akkumulationskrise mit der Folge von Arbeitslosigkeit. Unter dem Druck des Akkumulationszwangs werden sich innerhalb der Betriebe schließlich auch diejenigen Kräfte durchsetzen, die auf eine rationelle Organisation des Arbeitsprozesses hindrängen und unter Hinweis darauf die im Kapitalismus "bewährten" Methoden des Taylorismus und des Stücklohnsystems durchsetzen. Die Arbeiterkollektive würden auf diese Weise gewissermaßen zu ihren eigenen Ausbeutern, hätten quasi die Normen der kapitalistischen Ausbeutung verinnerlicht, würden nicht mehr - wie im Kapitalismus - durch die Kapitalisten beherrscht, sondern würden sich - unter dem Druck der blindwirkenden und verselbständigten Marktgesetze selbst beherrschen (Abb. 73.e).



2. Die Verschleierung des Kapitalverhältnisses

Ein Unterschied zum Kapitalismus darf dabei nicht übersehen werden: daß die Herrschaft als solche nicht mehr auf die Existenz einer herrschenden Klasse zurückgeführt werden kann, daß die Auflehnung gegenüber der Herrschaft sich nicht mehr richten kann gegen die Kapitalisten, daß sich also die Unterdrückung und Ausbeutung nicht mehr Luft machen kann in gezielten Aktionen gegen das Kapital. Dieser Tatbestand dürfte nicht nur das Bewußtsein über den Herrschaftscharakter des ökonomischen Systems erschweren, sondern erst recht gezielte Kampfaktionen, weil der Gegner - anders als im Kapitalismus - gar nicht identifizierbar ist. Aufgestautes Unbehagen kann sich unter solchen Bedingungen allenfalls in blinden Aktionen entladen, die sich aus Mangel an Angriffsflächen innerhalb der Betriebe - z.B. gegen Institutionen und Repräsentanten des politischen Systems richten. Erst in dem Maße, wie sich die kollektiven Entscheidungsstrukturen in den Betrieben unter dem Druck des Marktes zersetzen und die Technokraten innerhalb der Betriebe die Oberhand gewonnen und sich gegenüber der Basis tendenziell verselbständigt haben, bieten sich für die

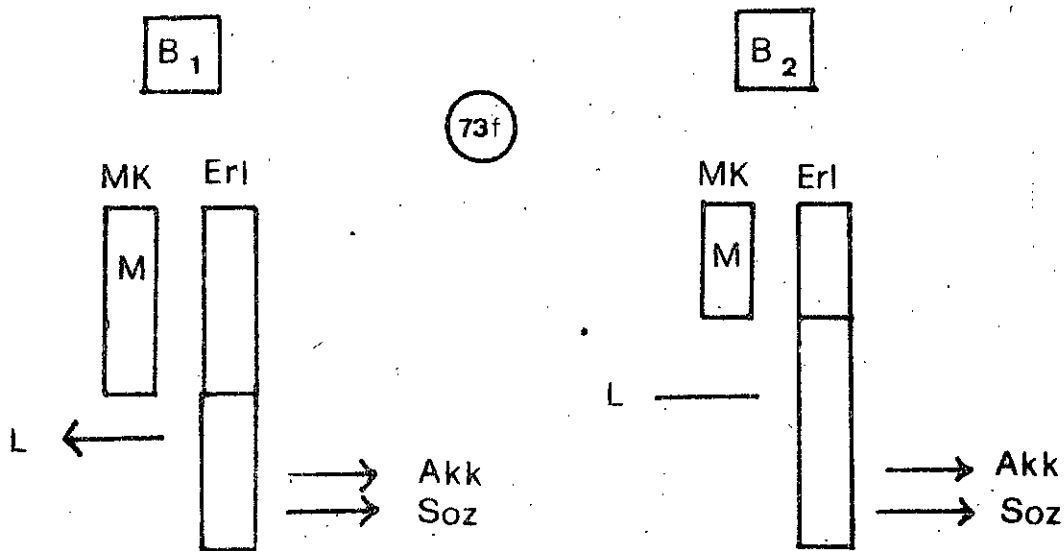
Masse der unmittelbaren Produzenten wieder konkrete Angriffspunkte für Kampfaktionen, z.B. in Form von Streiks gegen die Betriebsleitung.

3. Die Besonderheiten des Einkommensprinzips

Während wir bisher herausgearbeitet haben, wie sich trotz Sozialisierung der Produktionsmittel und trotz Arbeiterselbstverwaltung in der sozialistischen Marktwirtschaft das Wertgesetz ähnlich wie im Kapitalismus durchsetzt, soll im folgenden noch auf einige Besonderheiten eingegangen werden, die sich aus dem im System der Arbeiterselbstverwaltung verankerten Einkommensprinzip ergeben.

a) Die Tendenz zur Polarisierung der Einkommen

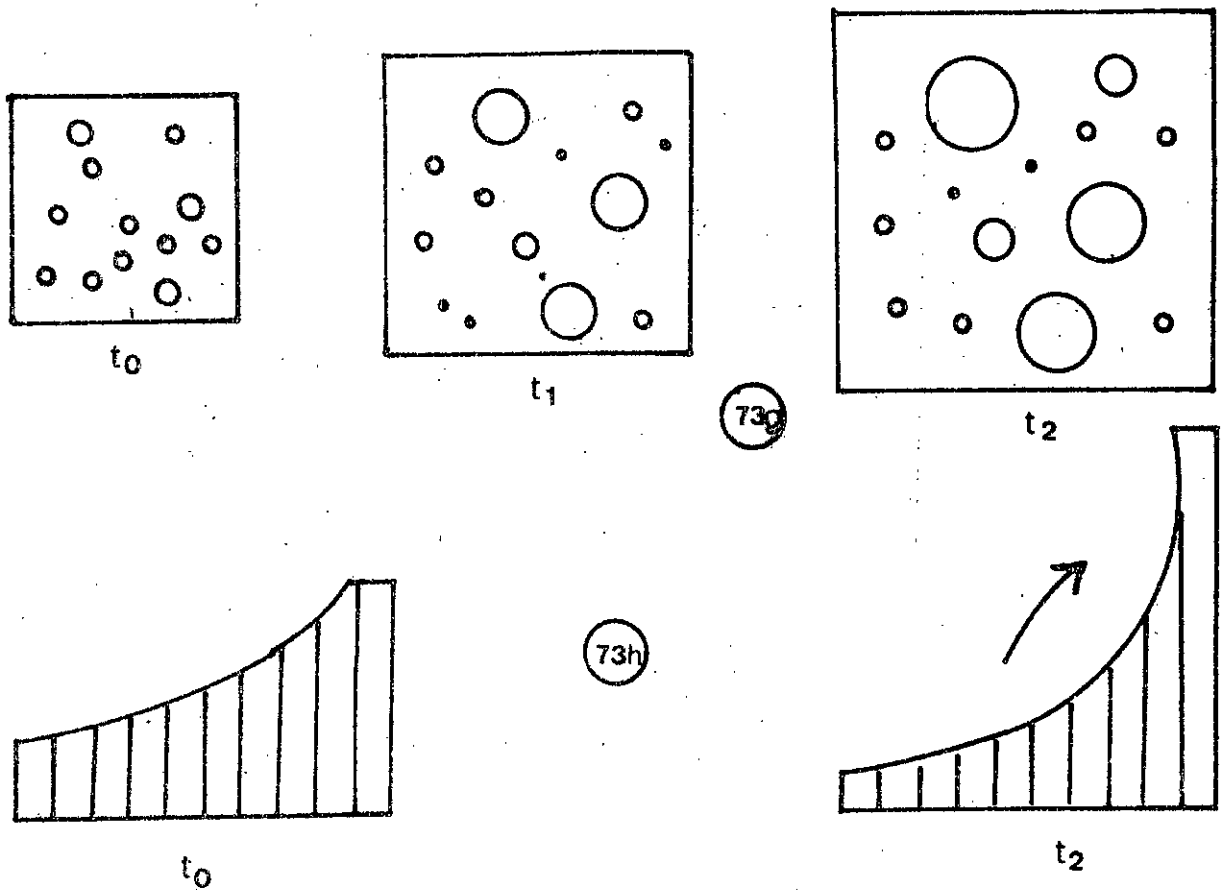
Dadurch, daß die Arbeiterkollektive das volle Risiko ihres Betriebs tragen, existieren keine tariflich abgesicherten Löhne (sondern lediglich ein garantierter minimaler Mindestlohn). In Betrieben mit besserem Betriebsergebnis (B_2) können demnach die Beschäftigten ein wesentlich höheres persönliches Einkommen beziehen als in Betrieben mit geringerem Betriebsergebnis (B_1) (Abb. 73 f).



Auf diese Weise ergibt sich nicht nur - aufgrund der unterschiedlichen Akkumulationskraft - eine Polarisierung zwischen den Unternehmen, d.h. Konzentration zu großen Unternehmen einerseits und Zurückfallen von mittleren und kleinen Unternehmen andererseits (Abb. 73 g), sondern auch eine Polarisierung in der Einkommensstruktur. Für vergleichbare Arbeitsleistungen werden - je nach Betrieb und Branche - sehr unterschiedliche persönliche Einkommen gezahlt. E. Mandel schreibt in diesem Zusammenhang in seiner Kritik am jugoslawischen System:

"Der zunehmende Gebrauch von Marktmechanismen muß zu zunehmender sozialer Ungleichheit führen, Ungleichheit zwischen den verschiedenen Fabriken der gleichen Branche; Ungleichheit zwischen verschie-

denen Branchen, zwischen Arbeitern verschiedener Regionen und zwischen Arbeitern und leitendem Personal insgesamt. Diese Annahmen der sozialökonomischen Theorie werden voll bestätigt durch die jugoslawische Entwicklung der letzten zehn Jahre, die eine wachsende Ungleichheit des Einkommens zwischen den verschiedenen Republiken, zwischen Arbeitern und Managern und innerhalb der Arbeiterklasse selbst aufweisen. So daß wir zu folgenden, durch die Tatsachen erhärteten Schluß gelangen: die zunehmende Anwendung der Marktmechanismen stärkt die Bürokratie auf kommunaler und Fabrikebene in gleicher Weise, wie die überzentralisierte Planung die Bürokratie auf nationaler Ebene stärkt." (E. Mandel: Jugoslawische ökonomische Theorie, in: Bettelheim u.a.: Zur Kritik der Sowjetökonomie, Berlin 1969, S. 95)



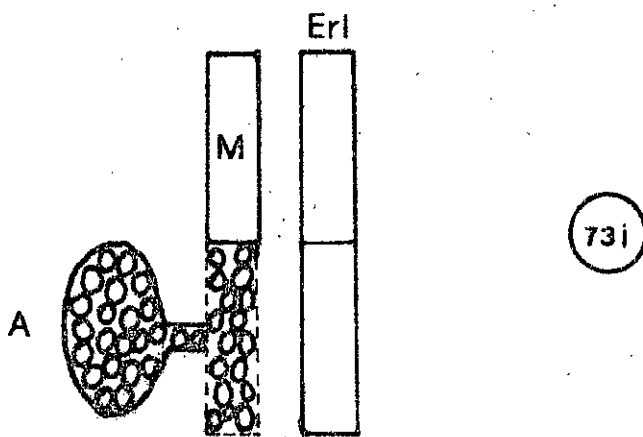
In dem die Einkommen ihrerseits zur Quelle der Nachfrage und damit des Marktes werden, bestimmen sie auch die Richtung der marktorientierten Produktion, die sich entsprechend zunehmend am Bedarf der höheren Einkommensschichten, d.h. tendenziell an Luxusbedürfnissen orientiert, noch ehe die Bedürfnisse der einkommensschwachen Schichten hinreichend abgedeckt sind. Hierzu schreibt Mandel:

"Wenn Konsumenten über unterschiedliche Einkommen verfügen, werden sie ihr Geld in unterschiedlichen Proportionen ausgeben. Wenn also die Konsumgüterindustrie weiterleitet, mit anderen Worten, wenn die Investitionen sich im wesentlichen nach der effektiven Nachfrage richten - dann wird sich die ganze industri-

elle Struktur auf die ungleiche Verteilung der Einkommen ausrichten. Also werden Luxusgüter produziert, ehe noch die Bedürfnisse nach lebensnotwendigen Gütern für die ärmeren Teile der Gesellschaft befriedigt sind. Es wird eine Überproduktion an Waschmaschinen geben, noch bevor jeder Haushalt über ein gutes Paar Winterschuhe verfügt. Die Investitionen werden dazu tendieren, sich in wohlhabenderen Regionen zu konzentrieren auf Kosten der ärmeren Regionen, ebenso wie sie dazu tendieren werden, die Bedürfnisse der höheren Einkommensschichten eher als diejenigen der niedrigeren zu befriedigen... Alkoholiker können immer eine höhere "effektive Nachfrage" erwarten als soziologische oder philosophische Bücher, von marxistischen Lehrbüchern ganz zu schweigen. Folglich werden die Firmen es profitabel finden, ihren Alkoholausstoß drastisch zu erhöhen, die finanzielle Autonomie von Wohneinheiten wird zu "ökonomischen Mieten" führen, was nichts anderes bedeutet als ein Monopol für die Bürokratie, bequem und modern zu wohnen, während die Arbeiter in die Slums zurückkehren. Das Prinzip kostenloser ärztlicher Betreuung wird gleichfalls mit eben diesem Prinzip "finanzieller Autonomie" in Konflikt geraten und immer häufiger übertreten werden. Selbst die subventionierten Verlage werden dazu tendieren, immer mehr Comic strips und Kriminalromane zu publizieren, weil die "Konsumentenwahl" solche Produktionsentscheidungen diktiert." (E. Mandel, a.a.O., S. 97)

b) Die Tendenz zu erhöhter Arbeitslosigkeit

Das im System der Arbeiterselbstverwaltung verankerte Einkommensprinzip hat - über die im Wertgesetz ohnehin angelegte Tendenz zur Krise und Arbeitslosigkeit hinaus, eine spezifisch negative Auswirkung auf die Beschäftigung, d.h. führt zu besonders hoher Arbeitslosigkeit. (Symbolisiert in Abb. 73 i: die in dem Ballon enthaltenen Kreise stellen die im Produktionsprozeß nicht aufgenommenen Arbeitskräfte, d.h. die Arbeitslosen dar.)



Da sich die persönlichen Einkommen der Arbeiter aus dem Nettoeinkommen des Betriebes ableiten, werden zusätzliche Arbeiter nur eingestellt wenn zu erwarten ist, daß sie das Nettoeinkommen mehr erhöhen, als ihr Einkommensanteil ausmacht. Eger/Leipold schreiben in diesem Zusammenhang:

"Daneben können auch aus der Selbstfinanzierung von Investitionen Eintrittsbarrieren entstehen, denn diese Art der Finanzierung bedeutet für die Belegschaft einen momentanen Konsumverzicht zugunsten möglicher höherer Einkommen in der Zukunft. Die Stammelegschaft zeigt daher nur geringes Interesse, neue Arbeitskräfte - zumal solche mit geringer Arbeitsproduktivität (Lehrlinge, Hilfsarbeiter) - ohne entsprechende Gegenleistung am Einkommenszuwachs partizipieren zu lassen." (T. Eger/ H. Leipold: Jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung im Experiment, in H. Leipold (Hrsg.): Sozialistische Marktwirtschaft, München 1975, S. 30)

4. Arbeiterselbstverwaltung im Rahmen sozialistischer Marktwirtschaft - Restauration kapitalistischer Strukturen

Aus der Summe der hier angestellten Überlegungen zum System der Arbeiterselbstverwaltung im Rahmen einer sozialistischen Marktwirtschaft mag deutlich geworden sein, daß auch innerhalb eines solchen Systems die Emanzipation der unmittelbaren Produzenten blockiert wird, entgegen allem Anschein an Demokratisierung innerhalb der Betriebe. Die Unterwerfung der selbstverwalteten Betriebe unter die blindwirkenden Gesetze des anonymen Marktes führen in der Tendenz dazu, daß das Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung lediglich demokratische Fassade bleibt, hinter der sich das Wertgesetz seine Durchsetzung verschafft und zu ganz ähnlichen Erscheinungsformen treibt wie im Kapitalismus. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln formal aufgehoben ist und es sich formal um ein sozialistisches System handelt. Obgleich also das jugoslawische System mit dem Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung dem sozialistischen Ideal von der freien Assoziation unmittelbarer Produzenten am nächsten zu kommen scheint, unterscheidet es sich in seinem Wesen am wenigsten von den kapitalistischen Systemen, weit weniger als die Systeme der direkt und indirekt zentralisierten Planung etwa in der Sowjetunion oder der DDR. Während sich die letzteren Systeme nicht nur in den formalen Eigentumsverhältnissen, sondern auch in den Planungsmethoden qualitativ vom Kapitalismus unterscheiden und in sofern nicht mehr als kapitalistisch bezeichnet werden können, hat sich im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung ein Prozeß der weitgehenden Restauration kapitalistischer Strukturen vollzogen: das Kapital als ökonomisch treibende Kraft, als ein nach Verwertung drängender Wert, der über die Konkurrenz seiner Einzelteile (Einzelkapitale) einen verselbständigten Akkumulationszwang hervorbringt, dieses Kapital hat sich in Jugoslawien zunehmend entfaltet und lediglich eine andere juristische Hülle, nämlich die der sozialisierten Betriebe angenommen. Aber der Wechsel der juristischen Hülle sprengt nicht die kapitalistischen Strukturen als solche: auch der juristische Formwechsel vom persönlich haftenden Einzelkapitalisten zur anonymen Kapitalgesellschaft (Aktiengesellschaft) - so bedeutsam die Veränderungen im einzelnen gewesen sind - hat seinerzeit nicht die Kapitalherrschaft als solche aufgehoben, sondern sie nur anonym gemacht.

J. ZUR DISKUSSION UM EINE EMANZIPATORISCHE SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE

Wo liegen die Wurzeln, die bis heute die Durchsetzung emanzipatorischer sozialistischer Tendenzen auch in den sozialistisch sich nennenden Systemen blockiert haben, und wo könnten Ansatzpunkte liegen für die Entwicklung einer emanzipatorisch-sozialistischen Perspektive bzw. für die Durchsetzung einer emanzipatorisch-sozialistischen Alternative? Die Diskussion innerhalb der Linken über diese Fragen setzt auf verschiedenen Ebenen an, und wir wollen hier nur ganz grob einige Ebenen skizzieren, um den Einstieg in diese Diskussionen zu erleichtern: (Dabei sei bemerkt, daß diese Diskussionen nur von den Teilen innerhalb der Linken geführt werden, die sich nicht von vornherein mit den bestehenden sozialistischen Systemen identifizieren und die stattgefundene Entwicklung nicht mit dem Hinweis auf die objektive historische Notwendigkeit von vornherein gegenüber einer kritischen Analyse immunisieren.)

I. Die Problematik der bolschewistischen Agrarreform und des widersprüchlichen Charakters der Oktoberrevolution

Eine Ebene der Kritik setzt bereits an an der seinerzeitigen Strategie der Bolschewiki bezüglich der Oktoberrevolution 1917 und der damit verbundenen Entwicklungsstrategie. Es sei daran erinnert, daß die Bolschewiki angesichts des zahlenmäßig geringen Gewichts der Arbeiterklasse die Unterstützung der Bauern für den Sturz des Zarismus suchten und daß sie diese Unterstützung dadurch gewinnen wollten, daß sie den leibeigenen Bauern Privateigentum an Boden versprachen und nach der Revolution auch zuteilten. Die Oktoberrevolution hatte von daher von vornherein einen in sich widersprüchlichen Charakter: in der Industrie das sozialistische Ziel der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, in der Landwirtschaft hingegen das genaue Gegenteil, nämlich Schaffung einer Masse von kleinen Privateigentümern. Wir hatten diskutiert, welche ökonomischen Probleme und sozialen Konflikte sich aus diesem Widerspruch heraus entwickelten: entsprechend dem Konzept der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation bestand die Entwicklungsstrategie in einer forcierten Industrialisierung im Rahmen der sozialisierten Industrie und einer forcierten Akkumulation durch Zuführung äußerer Akkumulationsmittel, d.h. des Abzugs von Akkumulationsmitteln aus der mittlerweile in Kleineigentum zersplitterten und unproduktiven Landwirtschaft. Der Abzug von Mitteln aus der Landwirtschaft ließ sich schließlich nur gegen den wachsenden Widerstand der Bauern gewaltsam durchsetzen, was zur totalen Verweigerung der Bauern, entsprechenden Produktivitätseinbrüchen und schließlich - zwecks Produktivitätssteigerung - zur Rückkehr zu Marktmechanismen und kapitalistischen Agrarstrukturen führte. Das Klammern der Bauern an ihr Privateigentum und das aufgrund der Zwangsmaßnahmen verständliche Mißtrauen gegenüber den Bolschewiki verhinderte schließlich den reibungslosen Übergang zu kollektiven und produktiven Formen der Agrarwirtschaft, was schließlich unter Stalin zur Politik der Zwangskollektivierung und zu einem damit verbundenen Exzeß offener Gewalt führte.

Auf der anderen Seite leistete das Konzept der forcierten Akkumulation in einer stark zentralisierten Schwerindustrie und die damit einhergehende Zurückdrängung dezentraler basisdemokratischer Ansätze einer Bürokratisierung Vorschub, die schließlich auch im Bereich der Industrie sowie auf allen anderen gesellschaftlichen Ebenen einen repräsentativen Staats- und Parteiapparat zur Unterdrückung der unmittelbaren Produzenten hervorbrachte. Statt "Diktatur des Proletariats", d.h.

Herrschaft der unmittelbaren Produzenten über ihre eigenen Existenzbedingungen, entwickelte sich die Diktatur über Proletariat, ausgeübt durch den in Partei und Staat verselbständigten bürokratischen Apparat.

War diese Verselbständigung des bürokratischen Apparats vielleicht i Keim schon angelegt in der besagten widersprüchlichen Strategie der Bolschewiki, sozialistische Revolution damit zu beginnen, daß der Masse der Bauern das Gegenteil von Sozialismus, nämlich Privateigentum verschafft wurde? Daß auf diese Weise die Bauern und damit der überwiegende Teil der Bevölkerung in der Sowjetunion eigentlich zu Gegnern sozialistischer Veränderungen gemacht wurden, anstatt sie für den Kampf um sozialistische Bedingungen auch auf dem Land zu gewinnen? Wenige Jahre nach der Oktoberrevolution formulierte Rosa Luxemburg in einem Aufsatz "Zur russischen Revolution" eine Kritik an der bolschewistischen Strategie, die in eben diese Richtung zielt und die es verdient, an dieser Stelle ausführlich zitiert zu werden:

"Eine sozialistische Regierung, die zur Macht gelangt ist, muß aber auf jeden Fall eines tun: Maßnahmen ergreifen, die in der Richtung auf jene grundlegenden Voraussetzungen einer späteren sozialistischen Reform der Agrarverhältnisse liegen, sie muß zum mindesten alles vermeiden, was ihr den Weg zu jenen Maßnahmen verrammelt. - Die Parole nun, die von den Bolschewiki herausgegeben wurde: sofortige Besitzergreifung und Aufteilung des Grund und Bodens durch die Bauern, mußte geradezu nach der entgegengesetzten Richtung wirken. Sie ist nicht nur keine sozialistische Maßnahme, sondern sie schneidet den Weg zu einer solchen ab, sie türmt vor der Umgestaltung der Agrarverhältnisse im sozialistischen Sinn unüberwindliche Schwierigkeiten auf.

Die Besitzergreifung der Ländereien durch die Bauern auf die kurze und lapidare Parole Lenins und seiner Freunde hin: geht und nehmt euch das Land! führte einfach zur plötzlichen chaotischen Überführung des Großgrundbesitzes in bäuerlichen Grundbesitz. Was geschaffen wurde, ist nicht gesellschaftliches Eigentum, sondern neues Privateigentum, und zwar Zerschlagung des großen Eigentums in mittleren und kleineren Besitz, des relativ fortgeschrittenen Großbetriebes in primitiven Kleinbetrieb, der technisch mit den Mitteln aus der Zeit der Pharaonen arbeitet. Nicht genug: durch diese Maßnahme und durch die chaotische, rein willkürliche Art ihrer Ausführung wurden die Eigentumsunterschiede auf dem Land nicht beseitigt, sondern nur verschärft." (Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Band 4, Berlin(DDR) 1974, S. 343 f)

"Früher stand einer sozialistischen Reform auf dem Land allenfalls der Widerstand einer kleinen Kaste Adelliger und kapitalistischer Großgrundbesitzer sowie eine kleine Minderheit der Dorfbourgeoisie entgegen, deren Expropriation durch eine revolutionäre Volksmasse ein Kinderspiel ist.

Jetzt, nach der "Besitzergreifung", steht als Feind jeder sozialistischen Vergesellschaftung der Landwirtschaft eine enorm angewachsene und erstarkte Masse besitzenden Bauerntums entgegen, das sein neu erworbenes Eigentum gegen alle sozialistischen Attentate mit Zähnen und mit Nägeln verteidigen wird. Jetzt ist die Frage der künftigen Sozialisierung der Landwirtschaft, also der Produktion überhaupt in Rußland, zur Gegensatz- und Kampffrage zwischen dem städtischen Proletariat und der Bauernmasse geworden ... die Leninsche Agrarreform hat dem Sozialismus auf dem Land eine neue mächtige Volksschicht von Feinden geschaffen, deren Widerstand viel gefährlicher und zäher sein wird, als derjenige der adeligen Großgrundbesitzer war." (Rosa Luxemburg, a.a.O. S. 345)

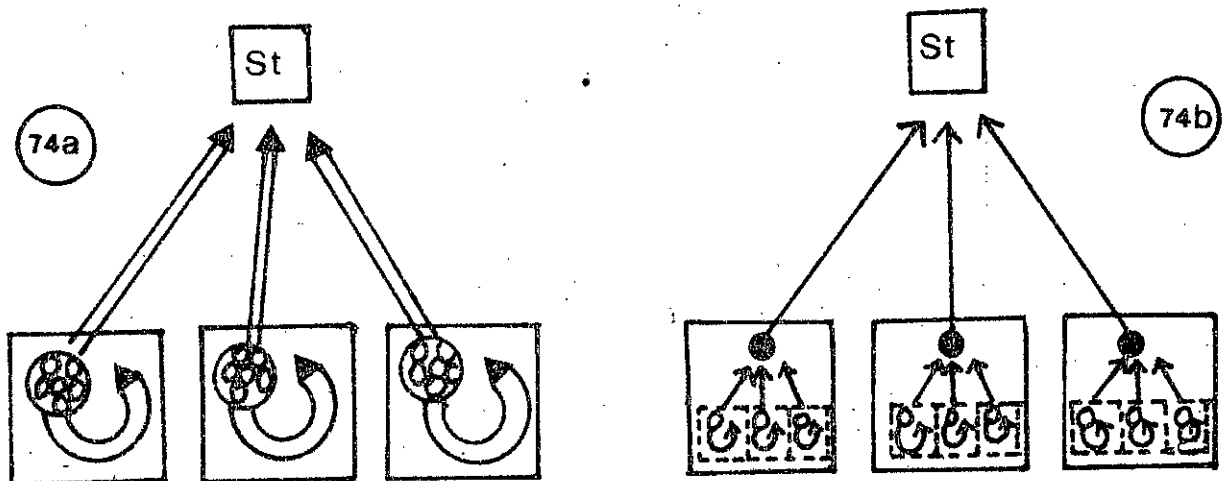
Die durch die ganzen 20er und 30er Jahre sich hinziehenden ökonomischen, politischen und sozialen Konflikte zwischen bolschewistisch regiertem Staatsapparat einerseits und den Bauern andererseits bzw. die Konflikte zwischen der Masse der sozial abgesunkenen Bauern und den Kulaken, die auch die ökonomischen Erschütterungen und politischen Verschärfungen in der Sowjetunion wesentlich geprägt haben, scheinen der Analyse von Rosa Luxemburg nachträglich Recht zu geben.

II. Verpaßte Möglichkeit eines asiatischen Weges zum Sozialismus? Die Diskussion um die asiatische Produktionsweise

Worin aber hätte seinerzeit die Alternative bestehen können, wenn nicht darin, auf die Unterstützung der Bauern ganz zu verzichten und damit möglicherweise die Niederlage im Kampf gegen den Zarismus zu riskieren? Hätten die Bauern auf andere Weise für den Kampf gegen den Zarismus und gleichzeitig für den Kampf um den Sozialismus auch auf dem Land gewonnen werden können? Wären die Bauern nicht auch zu gewinnen gewesen für eine Befreiung aus den Fesseln der Leibeigenschaft, wie sie unter dem Zarismus herrschte, mit dem Ziel einer kollektiven Bewirtschaftung des Landes nach der Revolution? Zumal Formen kollektiver Bewirtschaftung auf dem Land in Rußland eine lange historische Tradition hatten im Rahmen der sog. "asiatischen Produktionsweise", die sich über Jahrtausende gehalten hatte und erst in historisch relativ junger Zeit von feudale Strukturen abgelöst worden war. Wäre es den Bolschewiki nicht möglich gewesen, im Bewußtsein der Bauern an eben diesen historischen Traditionen von Gemeineigentum auf dem Land anzuknüpfen und die Wiederherstellung von Gemeineigentum als Kampfziel gegen den Zarismus und die Feudalklasse zu formulieren? Eine These in dieser Richtung vertritt u. a. Rudi Dutschke in seinem Buch "Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen". Im Titel des Buches ist bereits verkürzt die These enthalten, daß die Leninsche Strategie (die vom Kapitalismus bereits vollzogene industrielle Akkumulation der Sowjetunion mit Hilfe des Staatsapparates in kürzerer Zeit nachzuholen, um die objektiven Grundlagen für den Übergang zum Sozialismus unter Führung der Bolschewiki erst zu schaffen) die spezifischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion, d.h. die materielle Basis, nicht hinreichend berücksichtigt habe. Deswegen müsse die Leninsche Strategie "mit den Füßen auf den Boden" der tatsächlichen Produktionsverhältnisse gestellt und von daher hinsichtlich ihrer Angemessenheit überprüft werden. Ohne an dieser Stelle auf die Produktionsverhältnisse in Rußland z.Z. der Revolution im einzelnen eingehen zu wollen, soll kurz die Struktur der "asiatischen Produktionsweise" dargestellt werden, an deren gemeinwirtschaftlicher Tradition eine spezifisch auf russische Verhältnisse ausgerichtete sozialistische Strategie u.U. hätte anknüpfen können.

Die von Marx sogenannte asiatische Produktionsweise bestand in dem Nebeneinander von relativ autonomen, untereinander kaum in Verbindung stehenden Dorfgemeinschaften, innerhalb deren es kein Privateigen-

tum an Grund und Boden gab. Der Boden wurde vielmehr kollektiv bewirtschaftet, und die Entscheidungen über die Aufteilung der Arbeit und die Verteilung des erwirtschafteten Gesamtprodukts erfolgte jeweils kollektiv durch die Dorfversammlung (MIR). Insofern existierte eine Art sozialistischer Produktionsweise auf dem Land. Diesen über das Land verstreuten dezentralen und relativ autonomen Produktions- und Konsumtionseinheiten stand jedoch auf der anderen Seite ein hoch zentralisierter Staatsapparat gegenüber, der für die Bestreitung von dorfübergreifenden Aufgaben zuständig war, insbesondere für die Schaffung und Aufrechterhaltung von Bewässerungssystemen, Verkehrswegen und anderen Infrastrukturmaßnahmen ebenso wie für die Verteidigung gegenüber äußeren Angreifern. Zur Bestreitung dieser Aufgaben eignet sich der Staatsapparat einen Teil des Mehrprodukts der Dorfgemeinden an, das in Form von Steuern zwangsweise abgeführt werden mußte. Der von den Dorfgemeinden bewirtschaftete Boden gehörte formal dem Staat, faktisch aber waren die Dorfkollektive in der Bewirtschaftung autonom. Abb. 74a will die Struktur der Produktionsweise symbolisieren:



Die in den einzelnen Dorfgemeinden zusammengeschlossenen Individuen (innerhalb der großen Kreise) produzierten kollektiv für den eigenen Bedarf (dargestellt durch den zurückströmenden Pfeil) und führten an den zentralen Staat einen Teil des Gesamtprodukts ab. Innerhalb eines solchen Systems existierte also - anders als im europäischen Feudalismus - keine Klasse von Feudalherren und entsprechend kein feudales Privateigentum an Boden. Im Feudalismus wurde dieses Land den leibeigenen Bauern gegen Abführung einer Grundrente zu individuellen (nicht gemeinwirtschaftlichen!) Nutzung überlassen, wobei die Feudalherren ihrerseits dem Staat einen bestimmten Teil in Form von Steuern abführten (Abb. 74b). In der asiatischen Produktionsweise hingegen war die Verbindung zwischen unmittelbaren landwirtschaftlichen Produzenten und dem Staat eine direkte, unmittelbare und lief nicht - wie unter den Verhältnissen des westeuropäischen Feudalismus - durch Dazwischenschaltung einer Feudalklasse.

Die asiatische Produktionsweise unterscheidet sich demnach in zwei wesentlichen Punkten vom europäischen Feudalismus: ein größeres Maß

an Zentralisierung der Staatsgewalt einerseits bei gleichzeitig größerer Autonomie der unmittelbaren Produzenten und kollektiver Bewirtschaftung innerhalb der Dorfgemeinden. Die außerordentliche Konzentration in den Händen des Staatsapparats führte zur Ausprägung eines für asiatische Verhältnisse spezifischen Staatstyp, zum sog. "asiatischen Despotismus". Hierzu schreibt Dutschke:

"Dieses spezifische dialektische Verhältnis von despotischer Zentralisierung der politischen Herrschaft und dezentralisierter Leitung des Ausbeutungsprozesses, der über die "öffentliche Arbeit" vor sich ging, ist die Wurzel des stationären und stagnierenden Charakters der gesellschaftlichen Struktur dieser asiatischen Agrargesellschaft jener Epoche." (R. Dutschke, a.a.O., S. 38)

Bildete dieser asiatische Despotismus einerseits die historische Wurzel für die despotische Herrschaftsform des Zarismus, so erzielt er andererseits seinen dezentralen und gemeinwirtschaftlichen Elementen auch mögliche Keime für eine sozialistische Produktionsweise auf dem Land. Dutschke zitiert in diesem Zusammenhang Mandelbaum:

"In dieser außergewöhnlichen Lage, die keine historische Analogie hat, besteht nach Marx theoretisch die Möglichkeit, daß sich Rußland die Ergebnisse des vergesellschafteten Arbeitsprozesses der großkapitalistischen Industrie aneignet," ohne sich deren modus operati zu unterwerfen." Es kann schrittweise zu maschineller agrarischer Großproduktion übergehen, aber gestützt auf die noch wirksamen urchtümlichen Assoziationen sich die neuen Produktionskräfte unmittelbar als gesellschaftliches Eigentum nutzbar zu machen, daher direkt von der individuellen Gemeinwirtschaft zu kollektiver Großwirtschaft und damit zu einer den westlichen Ländern überlegenen Produktionsweise zu gelangen. Die einzige, aber unerläßliche Voraussetzung dafür sei der Sturz des Zarismus, unter dessen Druck (Steuern, Verschuldung der Bauern) der MIR - die Dorfversammlung - ruiniert wird." (S.K. Mandelbaum: Die Briefe von Marx und Engels an Danielson, Leipzig 1929, S. XV, zitiert nach Dutschke, a.a.O., S. 61)

Dutschkes These läuft darauf hinaus, daß die Bolschewiki eben diese spezifischen Ansatzpunkte für eine sozialistische Strategie innerhalb Rußlands gering geschätzt bzw. vernachlässigt haben. Ihre Fixierung auf die westeuropäische Entwicklung des Kapitalismus und daraus abgeleitete westeuropäische sozialistische Strategie und die Übertragung dieser Vorstellungen auf gänzlich andere Produktionsverhältnisse hätten von Anfang an das Scheitern des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion vorprogrammiert. Dutschke:

Die Bolschewiki können sich nur den westeuropäischen Weg zum Kapitalismus und Sozialismus vorstellen. Sie hielten deswegen nichts von der asiatischen Vergangenheit ihres Landes, nichts von den Bauernmassen, in deren gemeinwirtschaftlichen Produktions- und Lebensformen die asiatischen Traditionen weiterleben. - Für die Bolschewiki waren das rückständige Massen, die von der schmalen proletarischen Schicht und ihrer Avantgarde, der Partei, erzogen werden mußten. Eine Partei von Erziehern ist elitären Vorstellungen natürlich näher als egalitär-demokratischen und in der Praxis auch weit davon entfernt, sich als Erzieher erziehen zu lassen." (Dutschke, a.a.O. Buchdeckel).

In einer solchen gegenüber den Möglichkeiten und Bedürfnissen der Massen abgehobenen, elitären Politik sieht Dutschke schließlich einen Grund dafür, daß sich die Herrschaft der Bolschewiki zur Herrschaft der Partei- und Staatsbürokratie über die Arbeiter- und Bauernklasse entwickelte.

III. Zur Kritik der forcierten industriellen Akkumulation und der Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation

Vor dem Hintergrund dieser Kritik scheint es sinnvoll, noch einmal denjenigen Begründungszusammenhang zu durchleuchten, der die Legitimation abgab für die seinerzeitige bolschewistische Strategie der forcierten industriellen Akkumulation: Gemeint ist die Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation, wie sie von Preobraschenski formuliert und von uns in ihren Hauptgedanken dargestellt wurde. Der Hauptgedanke dieser Theorie bestand darin, daß es zwischen der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation und der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation einen entscheidenden Unterschied gebe: Die ökonomischen Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise hätten sich im Schoße der feudalen Gesellschaft und unter der politischen Herrschaft des Feudalstaates herausbilden können, während die Grundlagen sozialistischer Produktionsweise erst nach vollzogenem politischem Umsturz, d.h. nach politischer Machtergreifung des Proletariats geschaffen werden könnten. Daraus wurde gefolgert, daß dieser Prozeß des Wachstums des sozialisierten Sektors (und das hieß gleichzeitig: der sozialisierten Industrie) um so stürmischer vollzogen werden müßte, damit die sozialistischen Produktionsverhältnisse alsbald auf ein solides ökonomisches Fundament gestellt würden. Mit dem Hinweis auf die sonst gefährdete Überlebensfähigkeit des sozialistischen Systems wurden alle Maßnahmen gerechtfertigt, die zu einer beschleunigten Akkumulation in der sozialisierten Industrie führten.

Lag in dieser Strategie nicht von Anfang an der Keim für die Herausbildung von Strukturen, innerhalb deren sich emanzipatorische Interessen der unmittelbaren Produzenten - sowohl der Arbeiter wie der Bauern - überhaupt nicht entfalten konnten? Lag in der Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation nicht von vornherein die Legitimation für eine straffe Zentralisierung des gesamten Planungs- und Staatsapparats und für eine Niederschlagung basisdemokratischer Ansätze, wie sie sich nach der Revolution in der Sowjetunion spontan herausgebildet hatten? Lag hierin nicht auch die ideologische Legitimation für das Verbot anderer Parteien und für die straffe Organisation innerhalb der bolschewistischen Partei bis hin zum Verbot innerparteilicher Opposition (dem übrigens Preobraschenski schließlich selbst zum Opfer fiel, als er - als Mitglied der sog. Linksopposition - unter Stalin liquidiert wurde)? Was war eigentlich das spezifisch sozialistische an der sog. ursprünglichen sozialistischen Akkumulation? Anders als in der Entwicklung des westeuropäischen Kapitalismus war vor allen Dingen dies: daß sich in Rußland bis zur Revolution historisch noch kein Prozeß vollzogen hatte, der dem Prozeß der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation vergleichbar gewesen wäre: also gewaltsame Lostrennung der Masse unmittelbarer Produzenten von ihren Existenzbedingungen einerseits und Ansammlung riesiger Geldkapitale durch Ausplünderung äußerer Quellen (Kolonien bzw. Feudalklasse) andererseits. Die mit der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation einhergehende gewaltsame Disziplinierung der unmittelbaren Produzenten und ihre brutale Abrichtung für den kapitalistischen Produktionsprozeß

hatte in Rußland in vergleichbarer Weise nicht stattgefunden (außer in den wenigen bereits industrialisierten Sektoren). Ebensovwenig hatte es einen nennenswerten von innen getragenen Prozeß der eigentlichen Kapitalakkumulation gegeben, d.h. der Auspressung von Mehrwert aus den Lohnarbeitern mit den entsprechenden Methoden der Mehrwertproduktion, die im Kapitalismus zu einer immer stärkeren Verinnerlichung kapitalistischer Arbeitsnormen geführt hat. Der im Kapitalismus vollzogene Prozeß, daß an die Stelle der zunächst offenen Gewalt der ursprünglichen Akkumulation zunehmend der "stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse" (Marx) trat, d.h. die ökonomische Notwendigkeit, seine Arbeitskraft zu verkaufen und sich der Fabrikdisziplin "freiwillig" zu unterwerfen, dieser Prozeß hatte in Rußland für den größten Teil der Gesellschaft nicht stattgefunden. Wie sollte es unter solchen Bedingungen möglich sein, den Sozialismus aufzubauen, wo die Vorstellungen von Marx und Engels - mindestens bezogen auf Westeuropa - so waren, daß sich die sozialistische Revolution in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Ländern vollziehen sollte, wo der Kapitalismus aus einem die Produktivkräfte entfaltenden System immer mehr zu einem die Produktivkräfte hemmenden System geworden war?

Entweder mußte die vom Kapitalismus in Westeuropa bereits vollzogene Entwicklung der ursprünglichen Akkumulation in der Sowjetunion nachgeholt werden. Dann stand das Regime der Bolschewiki von vornherein vor dem Problem, seinerseits unter der Fahne des Sozialismus einen ähnlich gewaltsamen Prozeß gegen die Arbeiter und Bauern durchsetzen und durch die dabei zur Anwendung kommenden repressiven Methoden der sozialistischen Hoffnungen der Massen enttäuschen zu müssen. Oder aber die sozialistische Strategie hätte von vornherein anders aussehen müssen, eben nicht am westeuropäischen Modell orientiert, sondern abgeleitet aus den spezifischen Produktions- und Lebensverhältnissen in Rußland. Dies eben hätte bedeutet, einen "asiatischen Weg zum Sozialismus", der das Hauptgewicht von vornherein nicht auf eine nur mit brutalen Mitteln durchzusetzende forcierte Industrialisierung gelegt hätte, sondern in erster Linie auf die Durchsetzung sozialistischer Produktionsweise auf dem Land mit entsprechend anderen - dezentralen - Formen der Industrialisierung, die in einer viel engeren Verkopplung mit der landwirtschaftlichen Produktion hätten stehen können. Die Entwicklung dezentraler sozialistischer Produktions- und Lebensgemeinschaften hätte unter Umständen die Herausbildung zentralisierter und bürokratischer Strukturen, die sich zunehmend gegen die Emanzipation der Massen richteten, im Ansatz verhindern können.

Wie konnten die Bolschewiki dieser ungeheuer problematischen Ausgangsbedingungen in Rußland überhaupt eine an der westeuropäischen Entwicklung orientierte sozialistische Strategie entwickeln? Hätte nicht das Scheitern dieser Strategie von vornherein erkennbar sein müssen? Hierzu muß gesagt werden, daß die Bolschewiki in ihren strategischen Überlegungen stets davon ausgegangen sind, daß die russische Revolution nur Bestandteil einer umfassenderen Revolution sein könne, die sich in den westeuropäischen Ländern des Kapitalismus vollziehen sollte. Der russische Zarismus - stark geschwächt durch den ersten Weltkrieg - schien lediglich das schwächste Glied in der Kette der

zu stürzenden politischen Systeme zu sein. Die russische Revolution hätte von daher der revolutionäre Funke sein können, der unmittelbar danach auf Westeuropa hätte übergreifen und auch dort die sozialistische Revolution hätte einleiten können. Wäre in diesen ökonomisch wesentlich fortgeschritteneren Ländern der Aufbau des Sozialismus in Angriff genommen worden, so hätten diese Länder auch unterstützend auf die Entwicklung in der Sowjetunion Einfluß nehmen können.

Nachdem aber in Westeuropa, insbesondere Deutschland, die Ansätze sozialistischer Revolution niedergeschlagen wurden, trat das genaue Gegenteil ein: Nicht nur blieben die Unterstützungen durch andere Länder aus, sondern der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion wurde existenziell bedroht durch militärische Interventionen der kapitalistischen Länder von außen und durch einen Bürgerkrieg von innen. Wurde bis dahin der Aufbau des Sozialismus in einem Land, noch dazu in dem ökonomisch rückständigsten, für unmöglich gehalten, so wurde nun die forcierte industrielle Akkumulation als das einzige Mittel verkündet, das die Überlebensfähigkeit des sozialistischen Systems garantieren könne. Rückwirkend stellt sich die Frage, ob mit der zunehmend repressiven Durchsetzung dieser Strategie tatsächlich der Sozialismus gerettet wurde, oder ob es nicht mittlerweile vielmehr um das Überleben der bolschewistischen Herrschaft ging, die sich zunehmend in eine Herrschaft der Parteibürokratie gegen die Arbeiter- und Bauernklasse transformiert hatte und unter der die sozialistischen Ziele der Emanzipation der Massen zunehmend der Selbsterhaltung des Parteiapparats geopfert wurden.

So verständlich und nachvollziehbar - angesichts der ungeheuer problematischen inneren und äußeren Ausgangsbedingungen - die Entwicklung in der Sowjetunion sein mag, so problematisch ist es, das Resultat dieser Entwicklung ideologisch als verwirklichten Sozialismus zu verklären und gar zum Modell zu erheben für Länder, in denen ungünstigere Ausgangsbedingungen gegeben waren bzw. gegeben sind. Anstatt das Resultat dieses Prozesses als verwirklichten Sozialismus zu bezeichnen, kommt es vielmehr darauf an, diejenigen Faktoren aufzuspüren, die in der Sowjetunion den Aufbau des Sozialismus blockiert haben. Nur so können Perspektiven für sozialistische Alternativen entwickelt werden, die den in der Sowjetunion unter dem Stalinismus verschütteten emanzipatorischen Gehalt der sozialistischen Bewegung wieder frei legen und an den spezifischen ökonomischen und gesellschaftlichen Möglichkeiten einzelner Länder orientiert werden.

IV. Der sowjetische Weg - Akkumulationsmodell für Entwicklungsländer?

Die Diskussion um die Problematik der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation und der daraus abgeleiteten Strategie forciertier Industrialisierung ebenso wie die Diskussion um die asiatische Produktionsweise sind übrigens nicht nur von historischem Interesse, sondern haben auch aktuelle Bedeutung für eine sozialistische Entwicklungsstrategie der heutigen Entwicklungsländer. Für die sozialistische Bewegung in diesen Ländern stellt sich die Frage, ob - ähnlich wie in der Sowjetunion - zunächst eine Phase der stürmischen industriellen Akkumulation - mit ähnlich gewaltsamen Prozessen der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation bzw. der ursprünglichen

sozialistischen Akkumulation der Sowjetunion - durchgesetzt werden muß, oder ob nicht eine Entwicklung eingeleitet werden kann, die den gewaltsamen und in vieler Hinsicht auch zerstörerischen Weg der forcierten industriellen Akkumulation umgeht. Ob also in den heutigen Entwicklungsländern mit einer sozialistischen Strategie nicht angeknüpft werden kann an die vielfach vorhandene Tradition gemeinschaftlicher Produktions- und Lebensformen, um sie relativ organisch und bruchlos überzuführen in sozialistische Produktionsweisen im Land.

V. "Sozialistische Akkumulation" - Sozialismus oder Staatskapitalismus?

Kommen wir noch einmal auf Preobraschenskijs Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation zurück. Es dürfte deutlich geworden sein, daß mit dieser Theorie eine ganz bestimmte Entwicklungsstrategie ideologisch legitimiert wurde: nämlich das Nachholen eines Prozesses, den die entwickelten kapitalistischen Industrienationen schon längst durchlaufen hatten: Eben die ursprüngliche Akkumulation, die die Voraussetzung bildete für die eigentliche, aus inneren Quellen gespeiste industrielle Akkumulation. Was ist an dieser Strategie das spezifisch Sozialistische? Daß sich diese Prozesse nicht über blind wirkende Gesetze vollziehen sollten wie im Kapitalismus, sondern planmäßig unter der Leitung eines Staatsapparats. Sozialismus wird hier also verstanden als staatlich organisierte, zentralisierte Planung des Akkumulationsprozesses, wobei der Einsatz des zentralisierten Staatsapparats den Prozeß der Akkumulation beschleunigen soll. Das hohe Akkumulationstempo wird so zum eigentlichen Ziel des Sozialismus erklärt, mindestens für die Phase der nachzuholenden Akkumulation, und alle anderen gesellschaftlichen Bereiche haben sich diesem Ziel "um des Sozialismus willen" unterzuordnen. Im Rahmen dieser Strategie ist es daher nur konsequent, emanzipatorische demokratische und basisdemokratische Bewegungen "im Namen des Sozialismus" zu unterdrücken, wie dies in der Sowjetunion nach der Revolution geschehen ist.

Es dürfte deutlich geworden sein, daß diese Vorstellung von Sozialismus, die letztlich die bürokratische Zentralisierung und die Repression der unmittelbaren Produzenten als Mittel beschleunigter Akkumulation legitimiert, sich wesentlich unterscheidet vom emanzipatorisch orientierten Sozialismus, dem es um die Aufhebung repressiver Strukturen in allen Bereichen der Gesellschaft geht. Es hat sicherlich viel zur Desorientierung der sozialistischen Bewegung beigetragen, daß beide in ihrem Wesen unterschiedliche Bewegungen und Orientierungen unter dem gleichen Namen des "Sozialismus" angetreten sind, wobei die einen damit Verstaatlichung des Akkumulationsprozesses und die anderen Emanzipation der unmittelbaren Produzenten, d.h. Überwindung der entfremdenden Strukturen in allen Bereichen der Gesellschaft meinen. Gegenüber dieser Begriffsverwirrung bedeutet es einen

Schritt der Klärung, wenn die Phase der gewaltsam nachgeholten Akkumulation in der Sowjetunion nicht als Sozialismus im emanzipatorischen Sinn verstanden wird, sondern als eine unter der zentralen Planung und Leitung des Staatsapparates durchgesetzte Akkumulation; ein Akkumulationsprozeß, der sich nicht vollzogen hat durch die Konkurrenz einzelner Privatkapitale im Kapitalismus mit Privateigentum (Privatkapitalismus), sondern in Form des in Staatseigentum zusammengefaßten Staatskapitals ("Staatskapitalismus"). So gesehen wären die Bolschewiki in ihrer objektiven Funktion die politischen Träger eines staatskapitalistisch-organisierten Prozesses der nachgeholten Akkumulation gewesen. Das würde aber auch bedeuten, daß das Ergebnis dieses Prozesses nicht als Modell des Sozialismus verstanden und einfach übertragen werden kann auf Länder, in denen der entsprechende Akkumulationsprozeß schon längst vollzogen ist. Die Übertragung des sowjetischen Modells z.B. auf die DDR und die CSSR konnte insoweit nicht den spezifischen Bedingungen dieser in der Ökonomie und in der demokratischen Tradition viel weiter fortgeschrittenen Länder entsprechen, sondern war vielmehr Produkt sowjetischer Machtpolitik zur außenpolitischen Absicherung der bürokratischen Herrschaft.

VI. Gewaltsame Akkumulation - historisch objektiv notwendige Voraussetzung für den Sozialismus?

Besteht einmal Klarheit darüber, daß in der Sowjetunion nach der Revolution nicht der Sozialismus aufgebaut wurde, sondern daß unter der politischen Leitung der Bolschewiki eine staatlich organisierte nachgeholte Akkumulation stattgefunden hat, so kann sich die Diskussion darauf konzentrieren, ob eine solche Phase historisch notwendig gewesen ist; ob also - bei aller Inhumanität insbesondere in der Phase des Stalinismus - die Herausbildung bürokratischer Strukturen und die Anwendung repressiver Gewalt in historischen Dimensionen gemessen nicht notwendig war, um erst einmal die ökonomischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen. Die Beantwortung dieser Frage ist vor allem wichtig für die sozialistische Bewegung in Entwicklungsländern, die vor dem Problem stehen, ob sie einen ähnlich gewaltsamen Prozeß wie die Sowjetunion notwendigerweise durchlaufen müssen oder ob andere - weniger gewaltsame, weniger bürokratische, von vornherein stärker an den emanzipatorischen Interessen der unmittelbaren Produzenten anknüpfende - Wege zum Sozialismus möglich sind.

VII. Die Notwendigkeit einer emanzipatorisch-sozialistischen Alternative

Die sozialistischen Bewegungen in den entwickelten Ländern müssen an dem vorgefundenen Resultat des historischen Prozesses ansetzen, gleichgültig, ob dieser Prozeß als historisch objektiv notwendig oder prinzipiell vermeidbar eingeschätzt wird: Entscheidend für sie

ist die nüchterne Erkenntnis, daß das vorgefundene Resultat zwar nicht mehr Kapitalismus, aber auch noch nicht Sozialismus ist, daß also auch in den sich sozialistisch sich nennenden Ländern der Sozialismus erst noch erkämpft und aufgebaut werden muß. Bahros Begriff vom "real existierenden Sozialismus" als Bezeichnung für Länder, in denen auch nach Bahros Meinung der Sozialismus noch gar nicht existiert, ist insofern sehr irreführend. Dutschke hat diese Begriffsverwirrung polemisch, aber treffend wie folgt formuliert: "In den Ländern des real existierenden Sozialismus existiert alles mögliche real, nur nicht der Sozialismus." (Dutschke auf dem Bahro-Kongreß in Berlin 1978)

Worum es demnach für eine emanzipatorisch orientierte sozialistische Bewegung geht, ist, die Bedingungen aufzuspüren und Perspektiven zu formulieren für den Kampf um die allgemeine Emanzipation der unmittelbaren Produzenten, um die allgemeine Emanzipation des Menschen, also eine sozialistische Alternative zu entwickeln und durchzusetzen, die in der Tendenz die repressiven Strukturen sowohl des Kapitalismus wie auch der bürokratischen und technokratischen Systeme in Europa überwindet. Worin liegen also heute die Bedingungen und Perspektiven einer allgemeinen Emanzipation, wo liegen heute Ansatzpunkte für die Entwicklung einer emanzipatorisch-sozialistischen Alternative? Im Zusammenhang mit dieser Frage wollen wir vor allem die diesbezüglichen Überlegungen von Rudolf Bahro in die Diskussion bringen, wie er sie in seinem Buch "Die Alternative" formuliert hat.

VIII. Bedingungen und Perspektiven der allgemeinen Emanzipation heute - Rudolf Bahros "Alternative"

1. Der Kampf gegen den bürokratischen Apparat

Bahro betrachtet in seiner Kritik des real existierenden Sozialismus die in der Sowjetunion durchlaufende Phase der industriellen Akkumulation zwar als historisch notwendig, kommt aber zu dem Ergebnis, daß dadurch allenfalls die Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus geschaffen seien, nicht aber schon der Sozialismus selbst. Die Verwirklichung des Sozialismus sei auch nicht innerhalb des Rahmens der bestehenden Systeme möglich, sei durch den bestehenden Partei- und Staatsapparat selbst nicht zu vollziehen, sondern sei nur denkbar durch einen Kampf gegen die Bürokratie und gegen den verselbständigten Staatsapparat. Die sozialistische Revolution stehe insoweit in den osteuropäischen Ländern erst noch bevor. Dabei könne es nicht allein um eine rationelle Organisation der gesamtwirtschaftlichen Planung gehen, sondern um die grundlegende Umwälzung aller Strukturen, die bisher die Emanzipation der Massen verhindert haben. Bahro:

"Die allgemeine Emanzipation ist also Befreiung der Individuen von allen sozial bedingten Entwicklungsschranken, die ihren Ausschluß von der Mitbestimmung über die allgemeinen Angelegenheiten, von der bewußten Verursachung gesellschaftlicher Veränderungen zur Folge haben." (R. Bahro: Die Alternative, a.a.O. S. 301)

2. Aufhebung der alten Arbeitsteilung: wechselnde Tätigkeiten auf unterschiedlichen Funktionsniveaus

Solange die Struktur der alten, vertikalen Arbeitsteilung fortbestehe sei an eine Emanzipation der Massen nicht zu denken, würde sich die Unterdrückung der Individuen im Arbeitsprozeß immer wieder reproduzieren, würde die rigiden Strukturen des Arbeitsprozesses auf die Ausbildung und Erziehung zurückschlagen und würden immer wieder kom-

pensatorische zwanghafte Bedürfnisse entstehen als Resultat der allenthalben erfahrenen Unterdrückung von Entfaltungspotenz. Das Resultat dieser Strukturen würde sich immer wieder niederschlagen in psychischen Strukturen der Massen, die durch Unterwürfigkeit (Subalternität) gekennzeichnet sind.

"Die geschichtliche Aufgabe, von der ich spreche, ist die Überwindung der Subalternität, der Daseinsform und Denkweise "kleiner Leute". Sie bedeutet in ihrem Kern Aufhebung der alten vertikalen Arbeitsteilung, Umwälzung der ganzen mit ihr verbundenen Bedürfnisrichtung und -struktur. Sie geht einher mit einer radikalen Veränderung aller unserer gewohnten Institutionen und Verfahrensweisen in Gesellschaft und Wirtschaft. Die massenhafte Überwindung der Subalternität ist die einzig mögliche Alternative zu der grenzenlosen Expansion der materiellen Bedürfnisse." (Bahro: Die Alternative, S. 321)

"Mag auch die materielle Not behoben sein - solange sich die Massen noch durch die Aneignung des dinglichen Komforts für ihre subalterne Situation entschädigen, solange sie dazu gezwungen sind, ihr Selbstbewußtsein an Äußerliches zu hängen und die gewonnene Freizeit totzuschlagen, weil sie nicht als Gleiche an der sozialen Kommunikation teilnehmen können, werden wir nur immer mehr erzeugen müssen. Nicht bloß solange das Einkommen, sondern solange die Arbeit selbst ungerecht verteilt ist, kann von sozialer Gerechtigkeit keine Rede sein, da den Individuen durch die Subsumierung unter das Gesetz der Proportionalität planmäßig sehr verschiedene Chancen der Selbstrealisierung zugeteilt werden." (S. 333)

Wie stellt sich Bahro die Aufhebung der alten Arbeitsteilung, die gleichmäßigere Verteilung der Arbeit und damit der Entfaltungschancen vor?

"Die erste Bedingung betrifft die Entbürokratisierung respektive reale Vergesellschaftung der Leitungstätigkeit, die Beteiligung aller Individuen an der Verfügung über den Reproduktionsprozeß. Die zweite Bedingung betrifft die Erhebung des Gesamtarbeiters auf die Höhe der jeweils zeitgenössischen Prinzipien von Wissenschaft und Technik, die im Produktionsprozeß umgesetzt sind." (S. 327)

Worum es geht, ist also nicht einfach ein Wechsel in den Tätigkeiten des einzelnen Arbeiters auf einem bestimmten Funktionsniveau innerhalb der betrieblichen Hierarchie, ist nicht einfach eine Rotation auf horizontaler Ebene (Abb. 75a), obwohl hierdurch bereits die Monotonie in der Arbeit vermindert und die "Arbeitszufriedenheit" erhöht werden könnte. Bahro:

"Gewiß verdienen die Bemühungen um eine Bereicherung und Vermannigfaltung des Arbeitsinhalts auf einem jeweils bestimmten Funktionsniveau, also etwa in der Montageabteilung einer Fabrik, die elektromechanische Geräte herstellt Unterstützung und Aufmerksamkeit. Das Ergebnis kann aber hier nur größere Arbeitsbefriedigung auf dem gegebenen beschränkten Tätigkeitsfeld sein und verbessert nur insoweit die Bedingungen für die Überwindung der Subalternität, als die allgemeine Abstumpfung der psychischen Kräfte dadurch vermindert wird." (S. 330)

Insbesondere dann, wenn die einzelnen wechselnden Tätigkeiten in einem inneren Zusammenhang innerhalb des Produktionsablaufs stehen, trägt diese Art von horizontaler Rotation dazu bei, daß die in der Arbeitsteilung verlorengegangene Erfahrung des einzelnen Arbeiters über den Zusammenhang des Produktionsprozesses tendenziell wiederhergestellt wird, aber eben doch nur auf der Ebene ausführender Arbeit. Die Arbeit bleibt insoweit - trotz erweitertem Tätigkeitsfeld - fremdbestimmt, entfremdet. Die Position des Arbeiters bleibt also die des Unterworfenen, des Subalternen. Genau diese Struktur der Subalternität gelte es vor allem aufzuheben, und die Chancen für deren Aufhebung seien angesichts des erreichten Grades an technischer Entwicklung und an Bildungsmöglichkeiten auch real gegeben. Bahro:

"Ein beliebiger moderner Industriebetrieb von auch nur mittlerer Größe bietet seiner Belegschaft heute Arbeitsaufgaben auf allen Funktionsniveaus ... Unter der Voraussetzung, daß sein Personal - wie im nächsten Punkt betrachtet - aus Menschen prinzipiell gleicher Bildungsstufe bestehen wird, verfällt einfach die Möglichkeit, irgend jemanden dauernd an anspruchsarme und unangenehme Tätigkeiten zu binden." (S. 330)

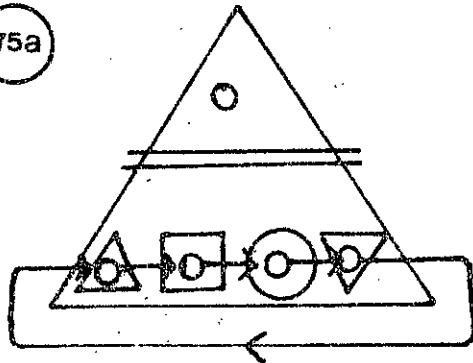
Bahros Vorstellung läuft also darauf hinaus, die Arbeiter nicht nur zwischen unterschiedlichen Tätigkeiten auf gleichem Funktionsniveau wechseln, sondern unterschiedliche Funktionsniveaus durchlaufen zu lassen (Abb. 75b). Auf diese Weise würden sich nicht nur die Interessenwidersprüche zwischen leitender und ausführender Arbeit abbauen, würde sich nicht nur die entfremdete Situation der Arbeit auflösen, sondern würden auch Arbeitsmotivationen freigesetzt, die bis dahin durch die rigiden Strukturen verschüttet waren und sich in Leistungszurückhaltung äußern. Durch die veränderte Einstellung zur Arbeit würden auch viele bis dahin notwendige Kontrollfunktionen hinfällig. Bahro:

"Der ganze Leitungs- und Verwaltungsapparat könnte einerseits von vielen Kontrollfunktionen und andererseits von der mit seiner Stufenzahl zunehmenden Unkenntnis der Details befreit werden, wenn das Personal wieder Anteil an den verschiedensten sach- bzw. personalbezogenen Aktivitäten erhielte." (S. 332)

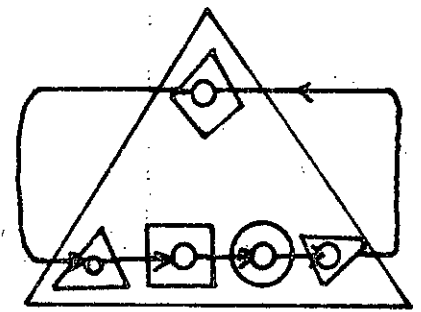
3. Revolutionierung des Bildungssystems: Umfassende Bildung für alle

Die Realisierung einer solchen Konzeption setzt freilich voraus, daß die Masse der unmittelbaren Produzenten die Qualifikation für die Ausübung wechselnder Tätigkeiten auch auf den unterschiedlichen Funktionsniveaus erwirbt, setzt also voraus eine grundlegende Umwälzung des Bildungssystems. Bahro spricht in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit einer "Revolutionierung des Bildungssystems" im Sinne eines "einheitlichen Bildungswegs für voll sozialisierte Menschen". Die bisherigen Bildungsreformen im real existierenden Sozialismus seien lediglich darauf gerichtet gewesen, die Kanalisierung der Individuen in unterschiedlichen Qualifikationen, wie sie von der Struktur der alten Arbeitsteilung vorgegeben sind, möglichst rationell zu gestalten. Abb. 75c will diese Kanalisierung der zunächst ungeformten abstrakten Arbeiter AA in spezifische unterschiedliche Qualifikationen (A_a , A_b , A_c) symbolisieren, wie sie von der bestehenden Struktur des Arbeitsprozesses vorgegeben werden.)

75a



75b



Genau darum dürfe es in einer Revolutionierung des Bildungssystems nicht gehen, sondern vielmehr um die Schaffung von qualifikationsmäßigen Voraussetzungen dafür, daß sich die erstarrte Struktur der alten Arbeitsteilung durch das Hineinwachsen der Individuen in wechselnde Tätigkeiten auf unterschiedlichen Funktionsniveaus auflöse. Bahro:

"Wir können uns also die Aufgabe stellen, das Bildungswesen zu revolutionieren. Dieser Ausdruck ist notwendig, weil sich unter dem Namen Bildungsreform das staatsmonopolitische Streben durchsetzt, die Ausbildung von festgelegten Spezialisten aller Funktionsniveaus und Fachrichtungen für die bestehende Matrix der alten Arbeitsteilung zu rationalisieren." (S. 337)

75c

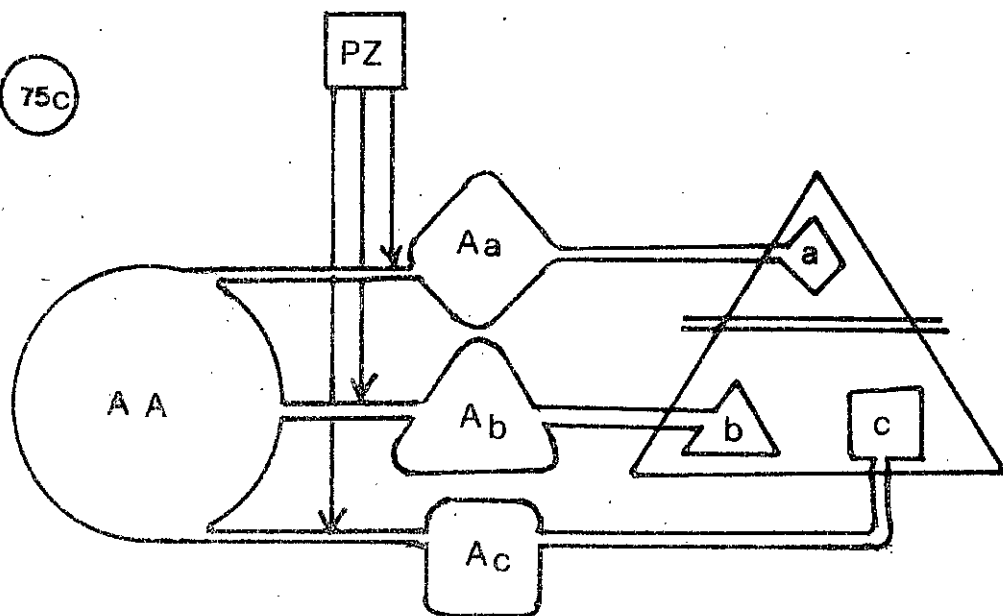
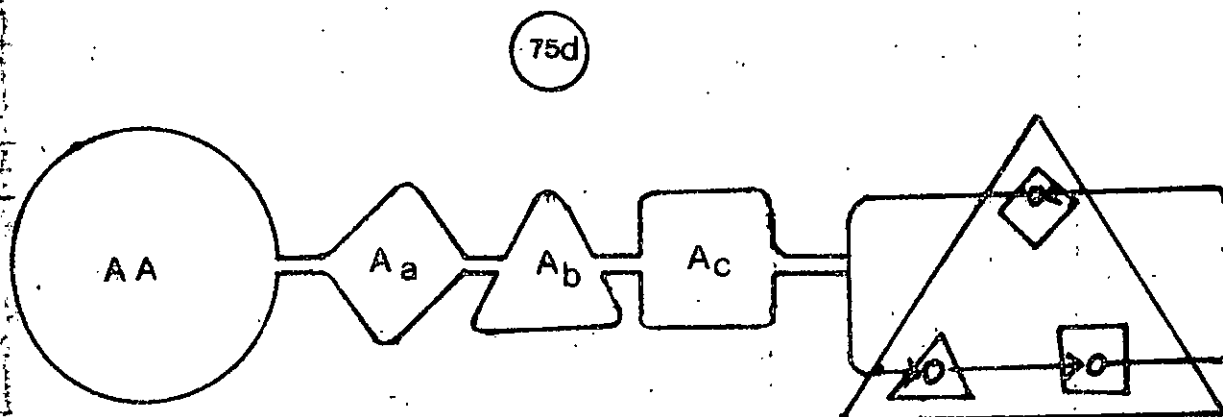


Abb. 75 d will diesen einheitlichen Bildungsweg für alle, in dem prinzipiell alle Stufen der Qualifikation der unterschiedlichen Funktionsniveaus (A_a, A_b, A_c) von jedem Individuum durchlaufen werden, symbolisieren. Damit ist nicht gemeint, daß jeder sämtliche Berufe erlernen soll (was in einer komplexen Industriegesellschaft von vornherein unrealisierbar wäre), sondern daß jeder im Rahmen der allgemeinen Ausbildung Grundlagenkenntnisse erwirbt, die es ihm ermöglichen, sich relativ schnell in unterschiedliche Tätigkeiten auf unterschiedlichen Funktionsniveaus innerhalb eines Betriebes einzuarbeiten. Der Erwerb solcher allgemeinen Fähigkeiten wäre selbstverständlich verbunden mit einer erheblichen Verlängerung der Ausbildungsdauer für die Massen. In einer Gesellschaft, in der die Dringlichkeit der Maßnahmen erkannt sei, müßte aber die Setzung entsprechender Prioritäten erfolgen, unter Umständen unter Verzicht auf Verschwendung und Verschleißproduktion, die nur der Befriedigung kompensatorischer Bedürfnisse dient.

4. Sicherung von Bildungsfähigkeit und Lernmotivationen - Abbau von Repressionen in der Erziehung

Das gesellschaftliche Angebot einheitlicher und gleicher Bildungschancen allein reicht allerdings nach Bahro nicht aus, um gleich entwickelte Qualifikationen bei allen Individuen hervorzubringen, solange nämlich die Lernmotivation unterschiedlich verteilt sei. Da die Motivationsstrukturen ganz wesentlich bereits in der Kindheit geprägt werden, da hier bereits entschieden wird, welche Entwicklungsmöglichkeiten sich im Individuum entfalten können und welche blockiert bzw. auf kompensatorische Bedürfnisse umgelenkt werden, komme es darauf an, die entfaltungshemmenden Einflüsse der Erziehung auf breiter Ebene abzubauen. Bahro:

"Die öffentliche Meinung muß all die geläufigen Erziehungspraktiken diskriminieren, die im Kind Angst erzeugen, seine vertrauensvolle Zuwendung zur sozialen und natürlichen Umwelt stören, seine Initiative mit Schuldgefühlen vergiften, seine Leistungen abwerten, seinen Willen brechen und seine Energien ins Innere zurücklenken, wo sie Muster von Mißtrauen, Bosheit, Aggression, Ersatzhandlungen aller Art begründen." (S. 347)



(Abb. 75f will den Kampf gegen die repressiven gesellschaftlichen Strukturen, die bis dahin die Triebentfaltung in den Individuen verhindern und zu einer Verinnerlichung von Herrschaft geführt haben symbolisieren. Der Blitz, Symbol der Repression, wird durchkreuzt und daran gehindert, die Entfaltung der psychischen Energien des Kindes niederzuschlagen.) Wesentlicher Mechanismus der psychischen Unterdrückung und der Heranbildung ängstlicher, subalterner, autoritärer Charakterstrukturen ist - das haben die charakteranalytischen Forschungen Wilhelm Reichs überzeugend aufgedeckt - die Unterdrückung sexueller Entfaltung. Hierzu schreibt Bahro:

"Die Humanisierung der Kindheit steht im engsten Zusammenhang mit der Regelung des Geschlechtslebens ... Da wir inzwischen hinreichend wissen, wie schädlich die Sexualunterdrückung in der Jugendphase ist, muß dies einhergehen mit einer Verbesserung der Bedingungen der erotischen Kommunikation, die umso kultivierter sein wird, wenn sie sich in einer Atmosphäre der Geborgenheit und Sympathie entfalten kann. Es ist höchstwahrscheinlich: Je weniger Versagungen der geschlechtlichen Liebesbedürfnisse, je mehr glückliche Intimität in der Jugend, desto humaner wird insgesamt gesehen das Erziehungsklima der Nachkommenden sein." (S. 346)

Worauf es also bei Bahro ankommt, ist die Umwälzung nicht nur des Arbeitsprozesses, sondern als Voraussetzung dafür (ebenso wie als Resultat davon) die Umwälzung der gesamten bisherigen Lebensform, der Normen und Werte, an denen sich bisher Erziehung, gesellschaftliches Zusammenleben, Moral usw. d.h. die kulturellen Werte insgesamt ausgerichtet haben. Bahro:

"Was jetzt bevorsteht und eigentlich bereits begonnen hat, ist eine Kulturrevolution im wahrsten Sinne: eine Umwälzung der ganzen subjektiven Lebensform der Massen" (S. 304) Die Kulturrevolution wird in allen Sphären - Arbeit, öffentliches Leben usw. - nach den Bedingungen fragen, die - wirken sie auch noch so indirekt - die Entfaltung des Menschen stören oder fördern ..." (S. 349)

5. Schaffung übersichtlicher Produktions- und Lebenszusammenhänge

Eine der Bedingungen, die die psychische Entfaltung der Individuen hemmen, ist nach Bahro die Anonymität der industriellen Massengesellschaft. Dort, wo sich der einzelne nicht als konkrete Persönlichkeit, mit allen seinen spezifischen Fähigkeiten und Eigenschaften einbringen kann, sondern nur als abstrakte, jederzeit austauschbare Nummer, kann er auch keine Identität in seiner Tätigkeit finden, bleiben die psychischen Bedürfnisse nach Anerkennung seiner konkreten Individualität unbefriedigt. Deswegen müßten Bedingungen geschaffen werden, unter denen der einzelne immer wieder die sinnliche Erfahrung machen kann, daß das Einbringen seiner konkreten Person im sozialen Zusammenhang einen für ihn erkennbaren Einfluß hat, daß sein Engagement nicht verpufft, sondern von den anderen aufgegriffen und umgesetzt wird. Diese Erfahrung sei aber nur auf der Basis übersichtlicher Kleingruppen möglich. Deshalb müßten die Arbeits- und Lebenszusammenhänge zunehmen auf der Basis kleiner, in bestimmten Bereichen autonomer Gruppen organisiert werden. Bahro:

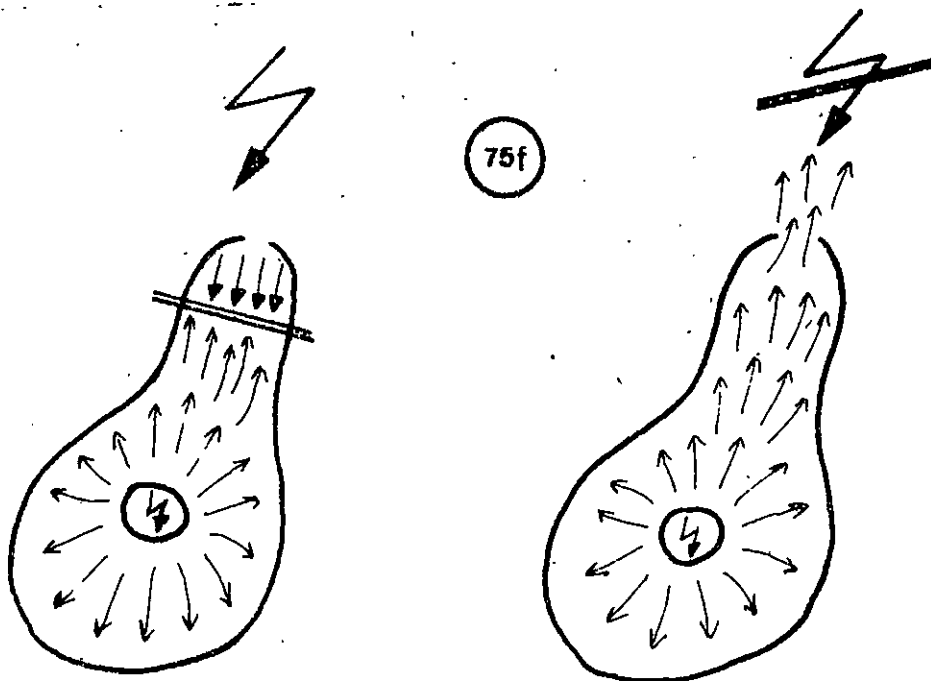
"Zur persönlichen Kommunikation, ohne die die Menschen ihre Individualität weder leben noch entwickeln können, bedarf es nach aller psychologischer Erkenntnis und sozialer Erfahrung des Rahmens kleiner Gruppen. Der aber stellt sich nur her, wenn sich mehrere zu solchen gemeinsamen Zwecken vereinigen, die die ichbeteiligte Mitwirkung eines jeden von ihnen verlangen, wo sie also nicht als

ersetzbare Durchschnittsfiguren, sondern als bestimmte Personen gebraucht werden." (S. 349) "Die schöpferische Gruppenarbeit an ungelösten Problemen kann zugleich Ausgangspunkt sein, von dem aus die Identität von Kooperation und Kommunikation wiederhergestellt wird." (S. 355)

6. Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche

Auch die über den Rahmen der autonomen Gruppen bzw. Betriebe hinausgehende gesellschaftlichen Entscheidungen bedürfen nach Bahro der realen Beeinflussung und Kontrolle durch die Massen. Damit sich diese betriebsübergreifenden und in ihren Auswirkungen weittragenden Entscheidungen nicht gegenüber den Massen verselbständigen, müsse in allen gesellschaftlichen Bereichen eine offene Diskussion um denkbare Alternativen und eine kollektive Entscheidung über die Wahl zwischen den Alternativen sichergestellt werden. Bahro:

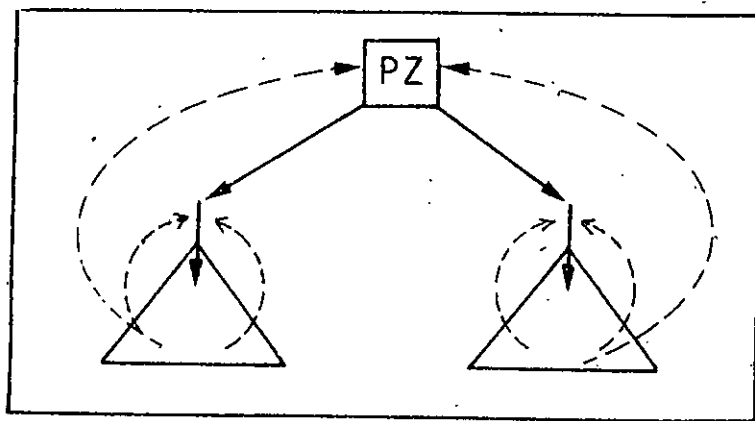
"Das Gebäude der herrschaftsfreien Gesellschaft kann nur zustandekommen, wenn es nicht von einem exklusiven Staatsgeist entworfen wird, sondern in der offenen Kommunikation mit den Massen entsteht. Es muß im gesellschaftlichen Bewußtsein vorweg genommen werden. Ein Programm, das die Umstrukturierung der ganzen gegenständlichen und inneren Welt des Menschen, des Ensembles aller seiner Verhältnisse betrifft, kann nur funktionieren, wenn es das Werk aller psychischen Kräfte ist, die die von den Auswüchsen des politischen Bürokratismus befreite Gesellschaft aufzubieten vermag. Die "schwer zu machende" Aufgabe, die Permanenz der Kulturrevolution bei Kontinuität der Reproduktion zu sichern, ist auf den aktiven Konsensus der großen Mehrheit angewiesen." (S. 357)



(Abb. 75 g will diese allgemeine Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, angefangen auf der Ebene der Betriebe bis hoch zu den betriebsübergreifenden Entscheidungen, symbolisieren.)
Je mehr die demokratischen Strukturen bereits an der Basis verankert und demokratische Lernprozesse ermöglicht werden, um so größer ist auch die Chance dafür, daß sich auf auf höherer, übergreifender, abstrakterer Ebene ein realer demokratischer Einfluß und eine Kontrolle der Entscheidungen herausbildet. Hinzu kommt, daß mittlerweile angesichts der technologischen Entwicklung im Informationssystem Volksabstimmungen auch zu übergreifenden gesellschaftlichen Problemen keine prinzipiellen technischen Schwierigkeiten mehr bereiten würden Bahro:

"Heute, wo das Problem der allgemeinen Volksversammlung von der quantitativ technischen Seite durch die modernen Computer und Massenkommunikationsmittel gelöst ist, könnten prinzipiell alle Individuen regelmäßig an der Entscheidung über die Neuverteilung, an der Festlegung der Perspektiven der Gesellschaft, an den Willensakten der Prognose teilnehmen." (S. 357)

"Entscheidend ist, daß die Demokratie jenseits des Kapitalismus ihres formellen und abstrakten Charakters, ihres bürgerlichen Klasseninhalts entkleidet ist, und daß die individuelle Teilnahme an der allgemeinen Willensbildung durch eine geeignete Organisation der Massenkommunikation etwas von der Direktheit wiedergewinnt, die sie in einfachen, überschaubaren Gemeinschaften hatte." (s.360)



75g

VERZEICHNIS DER ZITIERTEN LITERATUR

- BAHRO, R. Die Alternative - Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln-Frankfurt/Main 1977
- BRUS, W. Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft Frankfurt/Main 1971 (suhrkamp 472)
- DAMUS, R. Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft, Frankfurt/Main 1973 (suhrkamp 649)
- DUTSCHKE, R. Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen Berlin 1974
- EGER/LEIPOLD Jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung im Experiment, in: Leipold, H. (Hrsg.): Sozialistische Marktwirtschaft, München 1975
- ENGELS, F. Anti-Dühring, in: Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 20, Berlin (DDR) 1975
- HAMEL, H. Die Experimente der sozialistischen Marktwirtschaften, in: Bress/Hensel (Hrsg.): Wirtschaftssysteme des Sozialismus im Experiment - Plan oder Markt? Frankfurt 1973
- HARASZTI, M. Stücklohn, Berlin 1975
- KOSTA, J. Sozialistische Planwirtschaft - Theorie und Praxis, Opladen 1974
- KOSTA/MEYER/
WEBER Warenproduktion im Sozialismus, Frankfurt/Main 1973 (Fischer Taschenbuch 6184)
- LORENZ, R. Sozialgeschichte der Sowjetunion I, 1917 - 1945 Frankfurt 1976 (suhrkamp 654)
- LUXEMBURG, R. Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin (DDR) 1974
- MANDEL, E. Jugoslawische ökonomische Theorie, in: Bettelheim u.a.: Zur Kritik der Sowjetökonomie, Berlin 1969
- MARX, K. Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 17, Berlin (DDR) 1973
- NEUMANN, Ph. Zurück zum Profit, 2.Aufl. Berlin 1974
- PREOBRASHENSKI, E. Die neue Ökonomie, Moskau 1926, deutsch: Berlin 1971 (Verlag Neuer Kurs)
- SENF, B. Politische Ökonomie des Kapitalismus - eine didaktisch orientierte Einführung in die marxistische politische Ökonomie, mehrwert 17/18, Berlin 1978
- TROTZKI, L. Verratene Revolution, 1936 (Nachdruck: Verlag Ergebnisse und Perspektiven)

Diskussionsbeiträge zur Politischen Ökonomie

1. Winfried Vogt: Reine Theorie marktwirtschaftlich-kapitalistischer Systeme, Universität Regensburg, November 1976, 153 S.
2. Gunnar Heinsohn und Otto Steiger: The Significance of 'The Wealth of Nations' for an Economic Theory of the Production of Population, Universität Bremen, März 1977, 20 S.
3. Otto Steiger: Prelude to a Monetary Economy. A Note on the Origins of Modern Macroeconomics, Universität Bremen, März 1978.
4. Peter Kalmbach und Fred Manske: Wie relevant ist Reswitching für Cambridge?, Universität Bremen, März 1978.
5. Ulrich Krause: Elemente einer multisektoralen Analyse der Arbeit, Universität Bremen, März 1978.
6. Heinz Holländer: Akkumulation und Verteilung des Produktivvermögens im Kapitalismus, Universität Dortmund, März 1978, 80 S.
7. Peter de Gijssel: Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit/Die Wirtschaftskrise in der BRD
Zusammenfassung einer Diskussion am 17.12.1977 in Dortmund über zwei Stellungnahmen zur herrschenden Wirtschaftspolitik, Universität Dortmund, März 1978, 45 S.

Die 'Diskussionsbeiträge' werden herausgegeben vom Arbeitskreis Politische Ökonomie und können über die jeweiligen Verfasser bezogen werden. Der 'Arbeitskreis' ist zu erreichen über Prof. Dr. Jürgen Frank, TU Hannover, Hanomagstr. 8, 3000 Hannover 91, Tel. 0511-762-8204 (8176).

Diskussionsbeiträge zur Politischen Ökonomie

1. Winfried Vogt: Reine Theorie marktwirtschaftlich-kapitalistischer Systeme, Universität Regensburg, November 1976, 153 S.
2. Gunnar Heinsohn und Otto Steiger: The Significance of 'The Wealth of Nations' for an Economic Theory of the Production of Population, Universität Bremen, März 1977, 20 S.
3. Otto Steiger: Prelude to a Monetary Economy. A Note on the Origines of Modern Macroeconomics, Universität Bremen, März 1978.
4. Peter Kalmbach und Fred Manske: Wie relevant ist Reswitching für Cambridge?, Universität Bremen, März 1978.
5. Ulrich Krause: Elemente einer multisektoralen Analyse der Arbeit, Universität Bremen, März 1978.
6. Heinz Holländer: Akkumulation und Verteilung des Produktivvermögens im Kapitalismus, Universität Dortmund, März 1978, 80 S.
7. Peter de Gijsel: Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit/Die Wirtschaftskrise in der BRD
Zusammenfassung einer Diskussion am 17.12.1977 in Dortmund über zwei Stellungnahmen zur herrschenden Wirtschaftspolitik, Universität Dortmund, März 1978, 45 S.

Die 'Diskussionsbeiträge' werden herausgegeben vom Arbeitskreis Politische Ökonomie und können über die jeweiligen Verfasser bezogen werden. Der 'Arbeitskreis' ist zu erreichen über Prof. Dr. Jürgen Frank, TU Hannover, Hanomagstr. 8, 3000 Hannover 91, Tel. 0511-762-8204 (8176).

8. Hans-Michael Rummler: Arbeit und Herrschaft. Die defesselte Natur, Universität Bremen, Juli 1978, 14
- 8a. Jörg Glombowski
Dirk Ipsen
Michael Krüger
Rainer Künzel: Konjunkturelle Instabilität der Kapitalakkumulation, Universität Osnabrück, September 1978, 101 S.
9. Klaus Novy: Zur Geschichte der Ökonomie der sozialistischen Wirtschaftsreform (bis 1933). Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen, Sommer 1978. 19 S.
10. Klaus Novy: Industrielle Selbstverwaltung zwischen Wirtschaftsdemokratie und Technokratie. Aspekte einer demokratischen Wirtschaftsreform in historisch-vergleichender Analyse. RWTH-Aachen, August 1978
11. Johannes Berger: Probleme der Dialektik im "Kapital" von Karl Marx. Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, August 1978
12. Hans-Jürgen Wagener: What became of the march into socialism? System developments in post-war Europe, Nov. 1978
13. W. Elsner: Anmerkungen zur Diskussion - Alternativer Lebensstil - alternative Ökonomie -, November 1978
14. Heinz Holländer: A Note on Heterogeneous Labour and Exploitation, Universität Dortmund, Dezember 1978, 9 S.
15. Peter de Gijssel (Hg.): Anmerkungen und Assoziationen zur Herbsttagung 1978 des Arbeitskreises Politische Ökonomie "Zur Ökonomie demokratischer Wirtschaftsreformen", Universität Dortmund, Dez. 1978, 54 S.
16. Thea Dückert,
Alexander Krafft: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Chance zur Veränderung von Arbeits- und Lebensbedingungen. Universität Oldenburg, Dezember 1978, 32 S.
17. Hans-Günther Seifert: Die Spezifikation interdependenter Mehrgleichungsmodelle unter dem Aspekt optimaler Steuerung, Universität Regensburg, Dez. 1978, 50 S.
18. Georgios Stamatidis: Die Marxsche Werttheorie und das Problem der negativen Arbeitswerte, Universität Göttingen, Mai 1979, 30 S.
19. Otto Steiger,
Gunnar Heinsohn: Jean Bodin, das 'Universalgenie der Neuzeit' oder: Der wahre Meisterdenker. Neun bevölkerungstheoretische Thesen / Jean Bodin, le 'Génie universel des Temps Modernes' ou: Le vrai maître-penseur. Neuf thèses démographiques / Universität Bremen, September 1978, 10 S./10 S.

20. Otto Steiger,
Gunnar Heinsohn:
Der Ursprung des Geldes und die Entstehung von Geldwirtschaften, Universität Bremen, Mai 1979, 21 S.
21. Otto Steiger,
Gunnar Heinsohn:
The Bankruptcy of the Economics of Population
Way Economists Have Failed to Develop an
Economic Theory of the Production of Human
Beings, Universität Bremen,
22. Otto Steiger,
Gunnar Heinsohn:
"The Economic Theory of Fertility. An Alternative Approach for an Economic Determination of Procreation", Universität Bremen,
23. Gunnar Heinsohn,
Otto Steiger:
Das Marxsche Scheitern bei der Erklärung des modernen (d.h. engl.) Kapitalismus mit freier Lohnarbeit oder: wie die neuzeitliche Geldwirtschaft wirklich zustande kommt, Universität Bremen, Juli 1979
24. Gunnar Heinsohn:
Theorie für die Entstehung des patriarchalischen Privateigentums sowie der daraus erwachsenden deduktiven Logik und Geldwirtschaft - nebst einem Anhang über die 'früheste Sozialstruktur des homo sapiens sapiens' Universität Bremen, Juli 1979, 40 S.
25. Bernd Senf:
Politische Ökonomie des Sozialismus - eine didaktisch orientierte Einführung in die Struktur und Dynamik sozialistischer Systeme, Berlin, 157 S.
26. Bernd Senf:
Weltmarkt und Entwicklungsländer - eine didaktisch orientierte Einführung in die politische Ökonomie der Unterentwicklung, Berlin, 74 S.
27. Georgios Stamatis,
Aristophanes Dimakis:
Zur Linearität der Relation zwischen dem Nominallohnsatz und der Profitrate bei post factum gezahlten Löhnen und Sraffascher Normierung der Produktionspreise, Universität Göttingen, August 1979
28. Heiner Ganssmann:
On the Reconstruction of Economics as a Social Science, New York, August 1979, 81 S.